

Wolfgang Niess

Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung

Wolfgang Niess

Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung



Deutungen von der Weimarer Republik bis ins
21. Jahrhundert

DE GRUYTER

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein.

ISBN 978-3-11-028546-8
e-ISBN 978-3-11-028647-2

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2013 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Satz: jürgen ullrich typesatz, Nördlingen
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♻️ Printed on acid-free paper
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhaltsverzeichnis

Einleitung — 9

1 Weimarer Republik — 17

„Die größte aller Revolutionen“ – erste Einschätzungen und Reaktionen — 17
Die Revolution und ihre Deutung im politischen Streit
der Weimarer Republik — 26
Die Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik
und ihre Deutungen der Revolution — 107

2 Das nationalsozialistische Deutschland — 125

Die Revolution von 1918/19 in der Geschichtskultur — 125
Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik — 136

3 Die Revolution von 1918/19 in der Exil-Geschichtskultur — 150

4 Bundesrepublik Deutschland — 164

Wiederherstellung der Souveränität – 1945–1955 — 164
Erweiterung der Perspektiven – 1955–1965 — 190
Mehr Demokratie wagen – 1965–1975 — 223
Tendenzwende – 1975–1989 — 259

5 Deutsche Demokratische Republik — 320

Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft — 320
Historisch-politische Deutungen des Revolutionsgeschehens — 328

6 Das vereinte Deutschland — 371

Im Zeichen des Sieges – 1990–2007 — 371
Die Wiederentdeckung der Revolution – 2008–2010 — 406

**7 Grundlegende Werke: Revolutionsdarstellungen
in chronologischer Folge — 419**

**8 Die deutsche Revolution von 1918/19 – Geschichtskultur, Geschichtspolitik,
Geschichtsschreibung — 539**

Nachbemerkung: Wozu Erinnerung an die Revolution 1918/19? — 587

Literaturverzeichnis — 591

Personenregister — 619

Verzeichnis grundlegender Werke: Revolutionsdarstellungen in chronologischer Folge

Die folgenden Werke werden im Einzelnen in Kapitel 7 vorgestellt:

- Emil Barth: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution (1919) — 419
Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp (1920) — 421
Heinrich Ströbel: Die deutsche Revolution (1920) — 423
Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch (1921)/
Memoiren eines Sozialdemokraten (1928) — 430
Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution (1921) — 432
Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik/Die Novemberrevolution/
Der Bürgerkrieg in Deutschland (1924/25) — 434
Hermann Müller: Die Novemberrevolution (1928) — 439
Arthur Rosenberg: Die Entstehung
der Deutschen Republik 1871–1918 (1928) — 441
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution (1929) — 445
Erich Otto Volkmann: Revolution über Deutschland (1930) — 447
Friedrich Meinecke: Die Revolution (1930) — 450
Eugen Fischer-Baling: Volksgericht (1932) — 453
Arthur Rosenberg: Geschichte der Deutschen Republik (1935) — 455
Walter Tormin: Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie (1954) — 462
Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen
Innenpolitik 1918–1919 (1962) — 466
Peter v. Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution (1963) — 472
Wolfgang Elben: Das Problem der Kontinuität in der deutschen
Revolution (1965) — 477
Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie
1903–1920 (1967) — 480
Reinhard Rürup: Probleme der Revolution
in Deutschland 1918/19 (1968) — 485
Sebastian Haffner: Die verratene Revolution (1969) — 489
Erich Matthias: Die Regierung der Volksbeauftragten (1969) — 494
Ulrich Kluge: Soldatenräte und Revolution (1975) — 498
Heinz Hürten: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch (1977) — 501
Gerhard W. Rakenius: Wilhelm Groener als
Erster Generalquartiermeister (1977) — 503
Susanne Miller: Die Bürde der Macht (1978) — 507
Karl Dietrich Erdmann: Räterestaat oder parlamentarische
Demokratie (1979) — 512

- Heinrich August Winkler: Die Sozialdemokratie und die Revolution
von 1918/19 (1979) — 515
- Detlef Lehnert: Sozialdemokratie und Novemberrevolution (1983) — 520
- Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/1919 (1985) — 523
- Hans-Joachim Bieber: Bürgertum in der Revolution (1992) — 526
- Volker Ullrich: Die deutsche Revolution 1918/19 (2009) — 528
- Ulla Plener (Hg.): Die Novemberrevolution 1918/1919
in Deutschland (2009) — 532
- Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution 1918/19 (2010) — 535

Einleitung

Es gibt wenige Ereignisse und Phasen der deutschen Geschichte, die fast ein Jahrhundert lang so heftig umstritten waren wie die deutsche Revolution von 1918/19. Das öffentliche wie das wissenschaftliche Interesse an dieser Revolution unterlag rapiden Schwankungen. Etwa zwei Jahrzehnte war sie in der Bundesrepublik eines der historischen Themen, über die am intensivsten geforscht wurde. Inzwischen kann man sie zu Recht als „vergessene“ Revolution bezeichnen.

Einige Jahre gehörte es zur Staatsraison in Deutschland, mit den „Novemberverbrechern“ abzurechnen, und der „Führer“ beschwor in zahllosen Reden, dass ein November 1918 sich niemals wiederholen werde. Besonders zäh hielt und hält sich die Vorstellung, es sei damals vor allem um die Abwehr des Bolschewismus gegangen – was zum Glück gelungen sei, so dass Berlin nicht zur Filiale Moskaus wurde. Immer wieder haben Politiker und Historiker aber auch betont, dass in der Revolution 1918/19 versäumt worden sei, der deutschen Gesellschaft eine stabile demokratische Grundlage zu geben – nach 1945 durchaus mit dem Hintergedanken, dass Deutschland und der Welt möglicherweise viel erspart worden wäre, wenn die Revolution von 1918/19 nicht stecken geblieben wäre. Besonders klar spiegelt sich im mitunter rapiden Wechsel der jeweils vorherrschenden Deutungen dieser Revolution die wechselvolle deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Welche Bedeutung der Revolution jeweils zugeschrieben wurde, war stets in höchstem Maß zeit- und standortgebunden. Das galt für die wissenschaftliche Geschichtsschreibung wie für die Geschichtskultur im Allgemeinen. Zu bestimmten Zeiten war die Revolution von 1918/19 darüber hinaus Gegenstand gezielter geschichtspolitischer Aktivitäten, an denen regelmäßig auch Historiker beteiligt waren.

Die Abhängigkeit der Geschichtsschreibung über diese Revolution vom jeweiligen „Zeitgeist“ ist vielfältig in der historischen Literatur angesprochen worden. Gelegentlich verbunden mit dem Hinweis, intensivere Beschäftigung damit könnte sehr lohnend sein. Jakov S. Drabkin hatte sogar den konkreten Plan zu einem Werk über die Geschichtsschreibung zur deutschen Revolution von 1918/19.¹ Realisiert wurde er nicht. Bislang gab es ganz generell keine systematische Untersuchung zu diesem Thema der Geschichtsschreibung.

Für mich persönlich war die Revolution von 1918/19 bereits in der Schlussphase meines Studiums von besonderem Interesse. Am Ende einer Periode intensiver Forschungstätigkeit von den späten Fünfzigerjahren bis zur Mitte der Siebzigerjahre hatte es den Anschein, als könnte sich eine Art wissenschaftlicher Konsens über diese Revolution herausbilden. Unter den forschenden Fachhistorikern setzte sich eine Deutung durch, die das Geschehen im Kern als eine verpasste Chance der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft sah. Doch auch in jener Phase war in

¹ Jakov S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, hier 11.

Handbüchern und Gesamtdarstellungen zur Weimarer Republik ein Bild der Revolution zu finden, das sie im Wesentlichen als Abwehrkampf gegen die akut drohende Gefahr einer bolschewistischen Machtergreifung deutete. Hier lebte also – vordergründig betrachtet – die Interpretation weiter, die in den Fünfzigerjahren nahezu uneingeschränkt dominiert hatte.

Gegen Ende der Siebzigerjahre äußerten dann einzelne Historiker massive Vorbehalte gegen die angeblich „herrschende Lehre“, und in den Achtzigern setzte nach und nach eine Tendenz zur Revision dieser Revolutionsdeutung ein. Auf den ersten Blick ein erstaunliches Phänomen, weil sich diese Revision nicht weiterer historischer Forschung verdankte, die zu neuen Befunden und Ergebnissen geführt hätte. Sie ging auch nicht von Fachhistorikern aus, die sich intensiv mit der Revolution von 1918/19 beschäftigt hatten. Gleichwohl fand deutlich erkennbar eine Revision statt, und es stellt sich die Frage, welche Ursachen und Begründungen es für diesen Prozess gab, von welchen Bedingungen und Faktoren die Deutungs-Wende ausgelöst wurde. Festzustellen ist auch, dass das gewaltige Interesse, das die Revolution von 1918/19 in den Sechziger- und Siebzigerjahren in Historikerkreisen erfahren hatte, in den Achtzigerjahren dramatisch absank.

Diese Erfahrungen, Beobachtungen und Fragen waren Ausgangspunkt meiner Dissertation, die 2011 unter dem Titel „Metamorphosen einer Revolution. Das Bild der deutschen Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung“ von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Stuttgart angenommen wurde. Ich danke meinen Betreuern und Gutachtern Prof. Dr. Axel Kuhn und Prof. Dr. Gerhard Hirschfeld für wertvolle Ratschläge und ihr stets offenes Ohr. Für die hier vorliegende Buchpublikation wurde die Dissertation gekürzt und überarbeitet.

Am Beispiel der deutschen Revolution von 1918/19 geht es in dieser Arbeit durchaus generell um die politisch-gesellschaftlichen Faktoren, die Geschichtsschreibung prägen. Sie traten und treten hier besonders deutlich zutage, weil Konflikte und Ergebnisse der Revolutionszeit noch Jahrzehnte danach Folgewirkungen entfalteten. Über die Grenzen politischer Lager hinaus besteht Einigkeit darüber, dass Revolutionsgeschichtsschreibung „sich immer in einem besonders delikaten Spannungsverhältnis von Vergangenheitsdeutung und Gegenwartserfahrung bewegt. Denn stärker noch als bei anderen Themenkomplexen wirken hier die sich wandelnden aktuellen politischen und gesellschaftlichen Problemlagen auf die Akzentuierung der Fragestellungen und Bewertungsmaßstäbe ein, die der Historiker an das vergangene Geschehen heranträgt.“² In der Revolutionsgeschichtsschreibung zeigt sich besonders klar, was nach weitgehend übereinstimmender Überzeugung generell für Geschichte und Geschichtsschreibung gilt: „Historische Urteile sind zeit- und standortgebun-

2 Eberhard Kolb: Arbeiter- und Soldatenräte in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Michael Salewski (Hg.): Die Deutschen und die Revolution. 17 Vorträge, Göttingen/Zürich 1984, S. 301–319, hier 302.

den“.³ Oder, anders formuliert: „Geschichte entsteht aus dem Dialog von Gegenwartsbewußtsein und Vergangenheit.“⁴ Der Grundgedanke ist Basis jeder kritischen Geschichtswissenschaft und findet sich vielfältig in der Literatur. Er gilt für jede Art der Geschichtsschreibung, für Werke aus dem vorwissenschaftlichen Bereich wie Erinnerungen und populäre Sachbücher, aber auch für wissenschaftliche Darstellungen.

In seiner Allgemeinheit bietet der Grundgedanke, Geschichtsschreibung sei zeit- und standortgebunden, freilich nur geringe analytische Trennschärfe. Wenn beispielsweise der später höchst renommierte Karl Dietrich Erdmann in einem frühen unveröffentlichten Werk Frankreich als Drahtzieher hinter der Novemberrevolution benannte, so hatte diese – singuläre – Behauptung bzw. Deutung vermutlich viel mit persönlichen Erfahrungen und Absichten und weniger mit dem „Zeitgeist“ zu tun. Der allerdings hätte es zugelassen, dass Erdmanns recht eigenwillige Darstellung Bestandteil eines Schulbuchs hätte werden können – wenn es nicht Kritik in anderer Hinsicht an seinem Text gegeben hätte.

Das Beispiel illustriert, dass es sinnvoll ist, drei Bereiche zu unterscheiden, von denen Geschichtsschreibung geprägt wird: erstens die subjektiven Fragestellungen, politischen Interessen und Bewertungskategorien des einzelnen Geschichtsschreibers, zweitens die Interessenlagen der Gruppen, Parteien, Institutionen, denen der Historiker sich bewusst oder unbewusst zugehörig oder verpflichtet fühlt und drittens schließlich die vorrangigen Problemlagen und leitenden Interessen, die die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Niederschrift prägen, den jeweils herrschenden „Zeitgeist“. In umgekehrter Richtung lassen vorherrschende Geschichtsbilder und ihre Veränderung selbstverständlich Rückschlüsse auf gesellschaftliche Entwicklungen zu.

Der Verweis auf die Zeit- und Standortbedingtheit historischer Urteile kann und soll nicht die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens in Frage stellen. Selbstverständlich sind die handwerklichen, methodologischen Grundsätze der Geschichtswissenschaft unverzichtbare Basis jeder Geschichtsschreibung, die den Anspruch erhebt, wissenschaftlich zu sein. Es ist also sinnvoll, zwischen dem Bereich der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung und der „Geschichtskultur“ einer Gesellschaft zu unterscheiden, wobei „Geschichtskultur“ den Gesamtbereich von Erinnerungsarbeit in einer Gesellschaft umschreibt.⁵ Es gilt: Jede wissenschaftliche Geschichtsschreibung ist Bestandteil der Geschichtskultur, Geschichtskultur umfasst allerdings weit mehr als nur die wissenschaftliche Geschichtsschreibung. Es ist eine

3 Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Ders. (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 10), München 2002, S. 33–42, hier 33.

4 Michael Stürmer: Vorwort, in: Ders. (Hg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1980, S. 9–11, hier 9.

5 Vgl. Jörn Rüsen: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden, Köln 1994, hier 235.

„Sammelbezeichnung für höchst unterschiedliche, sich ergänzende oder überlagernde, jedenfalls direkt oder indirekt aufeinander bezogene Formen der Präsentation von Vergangenheit in einer Gegenwart“.⁶ Historische Ausstellungen gehören beispielsweise ebenso zur Geschichtskultur wie Reden zu Gedenktagen. Alles Veröffentlichte und damit für die Gesellschaft zugänglich Gemachte, ist Bestandteil der Geschichtskultur. Der Begriff hat die gesellschaftliche Dimension im Blick, während „Geschichtsbewusstsein“, auf das einzelne Individuum bezogen ist, auf die subjektive Dimension der Verarbeitung von Zeiterfahrung zielt.

Im Rahmen dieser Studie konnten selbstverständlich nicht alle Facetten der jeweiligen Geschichtskultur berücksichtigt werden. Aber deutlich wird im Hinblick auf die deutsche Revolution 1918/19 doch, dass die Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens das historische Urteil keineswegs nachhaltig stärker prägten als der jeweilige „Zeitgeist“. Mitunter erwiesen sich im Gegenteil politische Ziele und Tendenzen als absolut dominierend, etwa wenn im Zuge der „geistig-moralischen Wende“, die die erste Regierung Kohl anstrebte, von den Fachwissenschaftlern einvernehmlich akzeptierte Deutungsmuster in Frage gestellt wurden, ohne dass neue Quellen erschlossen oder neue Forschungen durchgeführt worden wären.

Das Beispiel zeigt im Übrigen auch, dass es sinnvoll ist, zwischen der – unvermeidlichen – Zeit- und Standortgebundenheit jeder Art von Geschichtsschreibung und bewusster „Geschichtspolitik“ zu unterscheiden. Der Begriff „Geschichtspolitik“ kam zwar erst im Zusammenhang mit dem Historikerstreit 1986/87 auf und „meint die Inanspruchnahme von Geschichte für Gegenwartszwecke.“⁷ Aber genau darum ging es am Ende der Siebzigerjahre, als einige Historiker gegen die „herrschende Meinung“ über die deutsche Revolution 1918/19 zu Felde zogen, es ging um die bewusste Verwendung von Aussagen über historische Sachverhalte und Zusammenhänge mit dem Ziel (politische) Zwecke zu befördern. Im Feld der Geschichtskultur ist Geschichtspolitik an der Tagesordnung, besonders deutlich erkennbar, wenn Politiker sich zu historischen Sachverhalten äußern. Im Bereich der wissenschaftlichen Historiografie erwarten wir politisch zweckorientierten Aussagen zunächst nicht. Wissenschaft muss bei aller unvermeidbaren und zugestandenen Zeit- und Standortgebundenheit den klaren Anspruch erheben, sich nicht bewusst politischen Zwecken zu öffnen oder unterzuordnen, wenn sie sich nicht selbst in Frage stellen will.

Das Beispiel der DDR Geschichtswissenschaft macht das augenfällig. Dort zielte die Beschäftigung mit der Novemberrevolution 1918/19 stets darauf, die jeweils aktuelle Politik der SED zu rechtfertigen, mit historischen „Argumenten“ zu unterfüttern. Von einer ernsthaften und ergebnisoffenen geschichtswissenschaftlichen Forschung konnte keine Rede sein. Das Resultat war eine jahrzehntelange scholasti-

⁶ Wolfgang Hardtwig: *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, hier 8f.

⁷ Heinrich August Winkler: *Einleitung*, in: Ders. (Hg.): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004, S. 7–13, hier 11.

sche Begriffsklitterei ohne jede Glaubwürdigkeit und mit denkbar geringem Erkenntniswert.

In einer Konkurrenzdemokratie wie der Bundesrepublik Deutschland ist eine solche „Überwältigung“ der Wissenschaft durch eine politische Richtung ausgeschlossen. Geschichtspolitisch motivierte Äußerungen von Historikern finden sich allerdings auch hier. Ein Beispiel, das bislang allerdings nicht unter diesem Gesichtspunkt wahrgenommen wurde, sind die einflussreichen Einlassungen des schon erwähnten Karl Dietrich Erdmann über die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft aus dem Jahr 1955. Erdmanns Aussage, der Bolschewismus sei 1918/19 die einzige Alternative zur konkreten Weimarer Republik gewesen, zielte in erster Linie darauf, den Machtantritt Hitlers als – selbstverständlich bedauerlichen – Bruch in der deutschen Geschichte erscheinen zu lassen. Dem damals im angelsächsischen Bereich weit verbreiteten Urteil, 1918/19 sei eine Demokratisierung der deutschen Gesellschaft versäumt worden, setzte Erdmann sein entschiedenes ‚Es gab keine ernstzunehmende Alternative‘ entgegen, um die deutsche Nationalgeschichte in ihren wesentlichen Zügen zu retten. Auf historische Forschung stützte er sich bei diesem Urteil über die Revolution von 1918/19 nicht.

Erdmanns geschichtspolitisch motivierte Deutung entsprach der dominierenden Stimmung der Zeit und konnte sich nicht zuletzt deshalb weitgehend durchsetzen. Unwidersprochen aber blieb sie nicht, und genau darin, im Streit und der Auseinandersetzung, zeigt sich die große Stärke von Geschichtskultur in Konkurrenzdemokratien. Geschichtspolitik stellt sich hier als öffentlicher und massenmedial vermittelter Prozess dar, „in dem sichtbar Kräfte und Gegenkräfte am Werke sind und um die Hegemonie von Diskursen und Deutungsmustern ringen.“⁸ Die Öffentlichkeit, so das anschauliche Bild von Edgar Wolfrum, stellt in Konkurrenzdemokratien eine Arena für Vergangenheitsinterpretationen dar, in der ein „Wettstreit der Erinnerungen“ in Form einer Präsentation verschiedener Geschichtsbilder ausgetragen werde. Heinrich August Winkler hat darauf hingewiesen, dass keine politische Richtung je auf den Versuch verzichten werde, ihre Positionen historisch zu untermauern. „In einer demokratischen Gesellschaft pflegen mehrere Geschichtsbilder miteinander zu konkurrieren. Geschichtspolitik zielt darauf ab, die eigene Deutung durchzusetzen. Als Ergebnis solcher Deutungskämpfe kann sich ein breiter Konsens hinsichtlich wichtiger historischer Ereignisse herausbilden. Ohne einen Minimalkonsens in Sachen der eigenen Geschichte könnte ein demokratisches Gemeinwesen gar nicht dauerhaft bestehen.“⁹

Von einem breiten Konsens über Bedeutung und Deutung der deutschen Revolution von 1918/19, das zeigt die vorliegende Studie, sind wir weit entfernt. In Kon-

⁸ Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung; 1948–1990*, Darmstadt 1999, hier 27f.

⁹ Winkler: *Einleitung*, 2004, (wie Anm. 7), hier 11.

kretisierung der vorangegangenen geschichtstheoretischen Überlegungen und Annahmen, geht es in dieser Untersuchung nicht um die Frage nach dem „Wahrheitsgehalt“ des jeweils vermittelten Bildes der Revolution von 1918/19, sondern um die Frage, wer wann wie welche Deutung des Revolutionsgeschehens vertreten oder propagiert hat, mit welcher Absicht und welcher Wirkung das geschehen ist. Die Arbeit geht also der Frage nach, welche Deutungen der Revolution von 1918/19 in Deutschland seit den Anfängen der Weimarer Republik in Umlauf waren. Sie zeichnet nach, wann welche Deutungen dominierten, abgelehnt wurden, in Vergessenheit gerieten.

Sie nimmt mögliche Ursachen dieser Deutungs-Veränderungen in den Blick, indem sie die jeweils zeitgenössischen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen einbezieht und Wandlungen des Zeitgeistes berücksichtigt. Auch die Veränderungen der Geschichtswissenschaft in den vergangenen neunzig Jahren können dabei nicht unberücksichtigt bleiben. Am konkreten Beispiel der Revolution von 1918/19 wird beschrieben, in welchem Ausmaß Impulse zu Deutungsveränderungen von wissenschaftlicher Forschung und neuer Methodologie, also wissenschaftlichen Fortschritten, ausging und in welchem Maß von nicht-wissenschaftlichen Bereichen der Geschichtskultur und der Politik. Es wird auch erfasst, welche Rolle Geschichtspolitik im Kontext dieser Veränderungsprozesse spielte und in welchen Fällen solche geschichtspolitischen Interventionen von Historikern ausgingen.

Im Gesamtergebnis wird am konkreten Beispiel der Revolution von 1918/19 das Verhältnis von Geschichtskultur, Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik in Deutschland über einen Zeitraum von mehr als neunzig Jahren verfolgt. Dabei zeigt sich, um zentrale Ergebnisse vorwegzunehmen, dass Veränderungen der historischen Einordnung und Bewertung meist nicht auf neue Forschungsergebnisse zurückzuführen sind, sondern in aller Regel auf veränderte politische Ausgangskonstellationen und neue gesellschaftliche Problemstellungen. Geschichtspolitisch motivierte Interventionen sind genau dann von anhaltender Wirksamkeit, wenn sie dem herrschenden „Zeitgeist“ entsprechen.

Frühester Ausgangspunkt der Untersuchung sind Meinungsäußerungen und Debatten der Zeitgenossen in der Revolutionszeit selbst und in der Zeit der Weimarer Republik. Naturgemäß handelte es sich dabei um Äußerungen im politischen Raum. Die verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus standen von Anfang an vor der unabwiesbaren Notwendigkeit, eine Haltung zu dieser Revolution zu gewinnen, die die Monarchien in Deutschland beseitigt und dem Land eine parlamentarische Republik beschert hatte. Sie schrieben der Revolution eine Be-Deutung zu, wobei unter „Deutung“ in diesem Zusammenhang die Reduzierung des Geschehens auf ein wesentliches charakterisierendes Merkmal verstanden werden soll. Je nach politischem Standort und sozialer Interessenlage fielen die Deutungen sehr unterschiedlich aus. Nicht nur chronologisch, sondern auch systematisch sind diese zeitgenössischen Darstellungen des Revolutionsgeschehens Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit, denn es zeigt sich, dass bereits die Zeitgenossen im Rahmen ihrer politischen

und ideologischen Auseinandersetzungen eine breite Palette von Interpretationen des Geschehens entwickelten, dass bereits in den politisch oder sogar strategisch motivierten Aussagen der Miterlebenden die wesentlichen Elemente späterer Deutungen des Revolutionsgeschehens angelegt waren.

Die aus Kommentaren und Analysen der Zeitgenossen gewonnenen Deutungsmuster dürfen allerdings nicht als überschneidungsfreies und logisch konstruiertes System verstanden werden, denn sie wurden von unterschiedlichen sozialen Gruppen mit verschiedenen, mitunter gegensätzlichen gesellschaftlichen, philosophischen, weltanschaulichen Bezugssystemen verwendet. Elf Deutungsmuster haben sich bei der empirische Auswertung zeitgenössischer Literatur ergeben und sich als nützlich und hilfreich erwiesen, um die Veränderungen zu beschreiben, denen die Deutung der Revolution von 1918/19 im Verlauf der vergangenen mehr als neunzig Jahre unterworfen war. Was beispielsweise Heinrich Ströbel, ein Politiker vom rechten Flügel der USPD, in der Revolutionszeit als politische Strategie formulierte, findet man in Arthur Rosenbergs „Geschichte der deutschen Republik“ wieder und es scheint erneut in der Revolutionsforschung der Sechzigerjahre auf. So sind auch Grundelemente späterer Deutungen durch die Geschichtswissenschaft bereits in den zeitgenössischen politischen Interpretationen zu finden.

Die Gliederung der Arbeit folgt im Wesentlichen der Chronologie. Parallel zur Geschichtsschreibung im Nationalsozialistischen Deutschland ist die Historiographie im Exil zu berücksichtigen. Die Zeit der „alten“ Bundesrepublik wird in vier Phasen geteilt, die von deutlich unterscheidbaren, jeweils vorherrschenden Leitvorstellungen über die Gesellschaft geprägt waren – was sich auch in der Deutung der Revolution von 1918/19 niederschlug. Parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik ist die völlig anders geartete in der DDR zu erfassen. Für die Zeit des vereinten Deutschland legt die Geschichtsschreibung über die Revolution von 1918/19 eine Unterscheidung von zwei Phasen nahe, deren erste von 1990 bis etwa 2007 reicht. In der kurzen Zeit danach deuten sich bemerkenswerte Veränderungen an.

Für die jeweilige Zeitspanne wird zunächst die Darstellung und Deutung der Revolution von 1918/19 in der Geschichtskultur der jeweiligen Zeit geschildert. Für die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialistischen Deutschland sind als Quellen vorwiegend Äußerungen und Urteile aus dem politischen Raum zu berücksichtigen. Auch Meinungsäußerung von Historikern und summarische Behandlungen in Handbüchern und Gesamtdarstellungen sind für diesen Zeitraum meist dem nichtwissenschaftlichen Teil der Geschichtskultur zuzuordnen. In den Fünfzigerjahren traten wissenschaftliche Darstellungen stärker in den Vordergrund, relevant blieben nach wie vor Erinnerungen und Memoiren, während unmittelbare Urteile aus der Politik eine deutlich geringere Rolle spielten – jedenfalls in der Bundesrepublik, wo der revolutionäre Gründungskontext der Weimarer Republik in der aktuellen Politik völlig ausgeklammert wurde und man demonstrativ in den Vordergrund stellte, dass Bonn nicht Weimar sei. Ebenso demonstrativ betonte andererseits die SED, in der DDR habe man die Lehren der Novemberrevolution gezogen.

Um das Quellenmaterial in überschaubarer Größenordnung zu halten, wird auf Lokal- und Regionalstudien weitgehend verzichtet. Biographien werden nur dann – ausnahmsweise – berücksichtigt, wenn sie besonders aufschlussreich für die Entwicklung der Revolutionsdeutungen sind. Internationale historische Forschung wird nur insoweit einbezogen als sie erkennbaren Einfluss auf deutsche Geschichtsschreibung hatte.

Kursorisch wird jeweils in gesonderten Kapiteln auf die Entwicklung von Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur in der jeweiligen Zeitspanne eingegangen. In diesem Zusammenhang werden auch geschichtspolitische Aktivitäten berücksichtigt und diejenigen gesellschaftlichen sowie politischen Veränderungen angesprochen, die von Bedeutung für die Geschichtskultur der Epoche sein könnten. Auch daraus ergeben sich Anhaltspunkte für Ursachen von Veränderungen der Revolutionsgeschichtsschreibung.

Um der Komplexität der jeweiligen Gesamtdarstellung und Argumentation Rechnung zu tragen, werden in einem vorletzten Kapitel „Exemplarische Revolutionsdarstellungen“ einzeln vorgestellt. Dabei wird der Inhalt der Werke möglichst wertungs- und kommentararm wiedergegeben. Das soll dem Leser den Einstieg in wesentliche Quellen ermöglichen sowie die hier angebotenen Interpretationen nachvollziehbar machen. Es handelt sich dabei um Gesamtdarstellungen der Revolution von 1918/19 oder umfassende Werke zu wichtigen Teilaspekten. Vollständigkeit kann und soll bei den exemplarischen Revolutionsdarstellungen nicht angestrebt werden. Es geht vielmehr darum, ein angemessenes Spektrum der jeweils vertretenen Revolutionsdeutungen in chronologischer Reihenfolge zu präsentieren.

Aufgrund der Fülle von Quellenmaterial wurden Darstellungen im Internet generell nicht berücksichtigt. Auch belletristische Literatur, Fernsehsendungen, Hörfunksendungen und Schulbücher werden nicht in die Untersuchung einbezogen. Es erfolgt keine systematische Berücksichtigung von Presseartikeln. Um die Zahl der Fußnoten nicht ins Unermessliche steigen zu lassen, wird häufig darauf verzichtet, unmittelbar aufeinander folgende Zitate von derselben Seite desselben Werkes einzeln zu kennzeichnen. Die Fußnote nach dem letzten Zitat gilt dann auch für die unmittelbar vorangegangenen. Eckige Klammern kennzeichnen in Zitaten stets meine Kürzungen bzw. meine Kommentare.

1 Weimarer Republik

„Die größte aller Revolutionen“ – erste Einschätzungen und Reaktionen

„Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist. Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinander verädelt, so tief eingewurzelt war, dass er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. Durch die Straßen von Berlin jagten die grauen Autos der Offiziere, auf den Plätzen standen wie Säulen der Macht die Schutzleute, eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war, in Berlin wenigstens das alles noch da. Gestern Nachmittag existierte nichts mehr davon.“¹

Der liberale Theodor Wolff griff am 10. November 1918 im „Berliner Tageblatt“ zu Superlativen. Die gewaltigen Massendemonstrationen, in deren Zeichen Berlin am Vortag gestanden hatte, die ganz und gar unblutige Übernahme der Macht durch Arbeiter- und Soldatenräte, die Übergabe des Kanzleramtes an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert, die Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und der Sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht vom Spartakusbund, die Abdankung des Kaisers und die widerstandslose Hinnahme des Geschehens durch Militär- und Polizeiapparat hinterließen bei vielen Zeitgenossen das Empfinden, man habe es hier mit einem historisch einmaligen Vorgang zu tun.

Auch die alt-konservative „Kreuzzeitung“ sprach von „einer Umwälzung, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat.“ Am 12. November 1918 erschien die erste Nummer des Blatts, in der es wieder möglich war, Nachrichten zu kommentieren. Fassungslos standen die Konservativen vor den Trümmern der alten Ordnung, weil sie „fast alle fest geglaubt hatten, dass der Aufbau Preußen-Deutschlands und vor allem der Armee zu fest verankert sei, um innerhalb weniger Tage in die Brüche zu gehen“.²

Wilhelm Bloss, Reichstagsabgeordneter der SPD, verbrachte den 9. November in Stuttgart. Noch am Nachmittag sollte er die Regierungsgeschäfte in Württemberg übernehmen, aber zunächst erlebte er das Geschehen offenbar völlig passiv als Zuschauer: „Vom Sockel des Schillerdenkmals herab proklamierten der Sozialdemokrat Hosenthien und der Unabhängige Engelhardt die sozialdemokratische Republik

1 Theodor Wolff, in: Berliner Tageblatt (10.11.1918, Morgenausgabe).

2 Kreuzzeitung (12.11.1918).

und ließen darüber abstimmen; sie ward einstimmig beschlossen. Ich sah den gewaltigen Demonstrationzug über die Königstraße gehen; der Anblick war überwältigend. Alsdann begab ich mich nach Hause, da ich im Moment nichts zu tun fand.“ Bloß war absolut überzeugt, dass hier etwas Großes geschehen war, dass Deutschland sich unumkehrbar veränderte. „Die Revolution hatte so vollständig gesiegt, dass ein reaktionärer Rückschlag irgend welcher Art vollständig ausgeschlossen erschien.“³

Staatssekretär Matthias Erzberger, der die Revolution in Deutschland nicht miterlebt hatte und erst nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 13. November nach Berlin zurückkehrte, notierte, das Land sei „völlig verändert“ – wobei er keinen Zweifel daran ließ, dass er nicht jede der Veränderungen begrüßte. Insbesondere, so Erzberger, habe er die rote Flagge, die er an seinem Dienstwagen vorfand, sofort durch eine schwarz-rot-goldene ersetzen lassen.⁴

Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Orientierung stimmten die zeitgenössischen Einschätzungen im November 1918 darin überein, dass man eine gewaltige Umwälzung, eine „Revolution“ erlebe. Von der „Kreuzzeitung“ bis zur „Roten Fahne“ des Spartakusbundes, die am 9. November erstmals erschien, „hat im Brennpunkt der aktuellen Geschehnisse nicht ein einziges publizistisches Sprachrohr von Parteigruppierungen ernstlich bestritten, daß in Deutschland eine Revolution stattfand.“⁵ Auch Susanne Miller und Gerhard A. Ritter kamen aufgrund ihrer Auswertung der Aufzeichnungen von Zeitgenossen zu dem Ergebnis, es könne „kein Zweifel darüber bestehen, dass im Bewusstsein der Miterlebenden jene Tage und Wochen einen tiefen Einschnitt in ihrem Leben bedeuteten. Sie empfanden ihn, je nach Standort, als eine Bedrohung oder als eine Chance für ihre persönliche Existenz und für die der größeren Gemeinschaft, in die sie hineingestellt waren oder der sie sich durch eigene Entscheidung verbunden fühlten.“⁶

Am 11. November 1918 beging Hans Delbrück, einer der bekanntesten Historiker und Publizisten des Kaiserreichs und zu diesem Zeitpunkt glühender Anhänger der Monarchie, seinen siebzigsten Geburtstag. Die Feier fand im tief empfundenen Bewusstsein einer großen historischen Zäsur statt. Nach der Schilderung des Berliner Theologen und Geschichtsphilosophen Ernst Troeltsch war die Geburtstagsfeier beim Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“ alles andere als eine fröhliche Angelegenheit. „Es war eine merkwürdige Feier, ähnlich einer Begräbnisfeier. Man sprach gedämpft. Der Glück wünschende Redner fand vor Tränen die Worte nicht. Delbrück

3 Wilhelm Bloß: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland insbesondere in Württemberg, Stuttgart 1923, hier 22f.

4 Matthias Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920, hier 340.

5 Detlef Lehnert: Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt am Main 1983, hier 18.

6 Susanne Miller/Gerhard A. Ritter: Die November-Revolution 1918 im Erleben und Urteil der Zeitgenossen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1968), H. 45, S. 3–40, hier 3.

erwiderte ergreifend, es sei das Ende der Friderizianischen Monarchie, mit der all sein politisches Denken und jeder Glaube an Deutschlands Zukunft verwachsen sei; sie habe stets an bösen Rückbildungen und Erstarrungen gelitten, woraus sich stets revolutionäre Neigungen ergaben, so furchtbar wie jetzt, habe es freilich mit ihr noch nie gestanden. Der Glaube des Historikers an alle seine bisherigen Maßstäbe und Voraussetzungen sei im Wanken.“⁷

Das Erlebnis der Revolution bewirkte eine Art Lähmung großer Teile der bisher politisch und gesellschaftlich einflussreichen Kreise, aber auch weiter Teile des vermögenden und gebildeten Bürgertums. „Mit geballter Faust und Tränen in den Augen sahen Berliner Hochschullehrer das Kaiserreich in Trümmer gehen!“⁸ Offenbar war das revolutionäre Geschehen mit einer so elementaren Wucht über das Land hereingebrochen, dass monarchistische, nationale, konservative und bürgerliche Kreise es zunächst ohne jedes offene Aufbegehren hinnahmen. Erkennbaren Widerstand gab es nicht. Durchaus symptomatisch für die resignative Stimmung in den herrschenden Schichten des Kaiserreichs war der Kommentar der national orientierten „Deutschen Zeitung“ am 9. November: „Wir wollen heute in dieser fürchterlichen Stunde nicht anklagen. Wir haben immer wieder und wieder ausgeführt, dass die Nachgiebigkeit der Krone den demokratischen Gewalten gegenüber der Anfang vom Ende ist. Wir haben nur zu recht behalten und stehen heute erschüttert am Grabe deutscher Hoffnung.“⁹

Nicht nur der Blick auf die Russische Revolution von 1917, auch der auf die Französische von 1789 prägte die Erwartungen und Befürchtungen. Der Theologe, Historiker und Publizist Eugen Fischer-Baling hielt über die Stimmung unmittelbar nach dem Umsturz fest: „Aus dem Erlebnis des 9. November erwartete alle Welt den Beginn des Vernichtungskampfes gegen die Stützen der bisherigen Gesellschaft. Gegen den Besitz, dachte man – und es lag in der Luft, so zu denken –, werde sich der Hauptstoß richten, und er werde den Adel, die Beamtenschaft, die Richter, die Offiziere, die Politiker der Rechten mit treffen. Es hätte niemand überrascht, wenn am 10. ein Sturm auf die Villen im Tiergarten eingesetzt, wenn ein Revolutionstribunal zu arbeiten angefangen, wenn die Volksleidenschaft an den lautesten Siegvorkündern und den obersten militärischen Führern sich vergriffen hätte. Dergleichen wurde erwartet.“¹⁰

7 Ernst Troeltsch: Die Revolution in Berlin. 30.11.1918, in: Ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922 (Die andere Bibliothek 109), Frankfurt am Main 1994, S. 5–11, hier 10.

8 Kurt Töpner: Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970, hier 63.

9 Deutsche Zeitung (9.11.1918), zit. nach: Reinhold Wulle: Im Zeichen der Revolution. Beiträge zur deutschen Geschichte vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1918., Berlin (o.J. – Vorwort 1919), hier 85.

10 Eugen Fischer-Baling: Volksgericht. Die Deutsche Revolution von 1918 als Erlebnis und Gedanke, Berlin 1932, hier 220.

Bei aller Radikalität der Umwälzung stellte man im liberalen Bürgertum aber rasch und erleichtert fest, dass sich unmittelbar nach dem Umsturz vom 9. November 1918 weder Chaos noch Bürgerkrieg ausbreiteten. Für Ernst Troeltsch waren die größten Unsicherheiten bereits am 10. November beseitigt: „nach banger Nacht ward das Bild aus den Morgenzeitungen klar: der Kaiser in Holland, die Revolution in den meisten Zentren siegreich, die Bundesfürsten im Abdanken begriffen. Kein Mann tot für Kaiser und Reich! Die Beamtenschaft in den Dienst der neuen Regierung getreten! Die Fortdauer aller Verpflichtungen gesichert und kein Sturm auf die Banken!“¹¹ Es gab keine akute Finanzkrise – außerordentlich beruhigend für das Bürgertum – und auch keine gewaltsamen Eingriffe in das geordnete wirtschaftliche Leben – soweit am Ende des vierjährigen Krieges von einer geordneten Wirtschaft überhaupt noch die Rede sein konnte. Nicht nur in den ländlichen Regionen des Reiches, auch in der Hauptstadt schien das Alltagsleben für viele fast den gewohnten Gang zu gehen. „Sonntag, den 10. November, war ein wundervoller Herbsttag“, notierte Ernst Troeltsch. „Die Bürger gingen in Massen wie gewöhnlich im Grunewald spazieren. Keine eleganten Toiletten, lauter Bürger, manchmal wohl absichtlich einfach angezogen. Alles etwas gedämpft wie Leute, deren Schicksal irgendwo weit in der Ferne entschieden wird, aber doch beruhigt und behaglich, dass es so gut abgegangen war. Trambahn und Untergrundbahn gingen wie sonst, das Unterpfand dafür, dass für den unmittelbaren Lebensbedarf alles in Ordnung war. Auf allen Gesichtern stand geschrieben: Die Gehälter werden weiterbezahlt. Montag, den 11. November hatte Hans Delbrück seinen siebzigsten Geburtstag. Ich musste, ihn zu besuchen, ein bisschen durch den Wald gehen. Meine Frau wollte mich nicht ohne Revolver gehen lassen. Aber in Wahrheit war alles absolut ruhig.“¹²

Troeltsch sah das Geschehen nicht als nationales Drama wie Delbrück, sondern eher in weltgeschichtlichen Relationen. Die Deutschen vollzogen nach, was andere Nationen bereits hinter sich hatten, wenn auch unter – wie er meinte – besonders schwierigen Bedingungen. In seinem Artikel „Die Revolution in Berlin“, der am 15. November 1919 veröffentlicht wurde, aber bereits am 30. November 1918 geschrieben worden war, hielt er fest: „Die lange gefürchtete und verheißene Revolution ist ausgebrochen. Deutschland hat heute seine siegreiche Revolution, wie sie einst England, Amerika und Frankreich hatten. Es hat sie im unseligsten Moment des allgemeinen militärischen, wirtschaftlichen und nervösen Zusammenbruches. Darin liegt der Unterschied von jenen Revolutionen.“¹³

Angesichts des raschen und anscheinend umfassenden Erfolgs der Revolution, aber auch angesichts des völlig ausbleibenden Terrors schien Fundamentalopposition der konservativen, nationalistischen und monarchistischen Kreise nicht sinn-

11 Troeltsch: Die Revolution in Berlin, 1994, (wie Anm. 7), hier 9.

12 Ebenda, 9f.

13 Ebenda, 5.

voll. Selbst die agrarisch-konservative „Deutsche Tageszeitung“, die am 9. November noch über den „Verrat“ am deutschen Volk geklagt hatte, stellte sich zwei Tage später sehr pragmatisch auf den Boden der neuen Tatsachen. „Unsere Leser wissen, was wir und sie mit uns gewollt, angestrebt und ersehnt haben. Das ist vorbei, aber unsere Augen müssen nach wie vor auf die Zukunft gerichtet sein und unsere Kräfte bereit und ohne Rücksicht auf etwas anderes als auf das Wohl des ganzen Volkes und damit des ganzen Deutschland angespannt sein und bleiben, um das Beste aus Gegenwart und Zukunft zu machen. [...] Es kann für Gegenwart und Zukunft keine zu rechtfertigenden Sonderziele geben.“¹⁴ Schon am Tag zuvor hatte das bis dahin alles andere als demokratisch orientierte Blatt erklärt: „Die Regierungsgewalt kann dauernd nur von einer Regierung ausgeübt werden, die ihr Mandat von dem auf ordnungsmäßigem Wege einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen des deutschen Volkes empfangen hat.“ Die „Kreuzzeitung“ mahnte am 10. November: „Alle Elemente des Volkes, die an dem Staat und der Gesellschaftsordnung festhalten wollen, werden geschlossen zusammengehen müssen, um, wenn möglich, ein Chaos zu verhindern.“¹⁵ Die Entwicklung in Russland galt nicht nur in den konservativen und nationalen Milieus sondern bis weit ins Lager der politischen Linken hinein als abschreckendes Beispiel. Es gab, wie der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ am 14. November festhielt, eine „politische Front von den Sozialdemokraten bis zur ‚Kreuzzeitung‘“, die sich einig darin sei, „daß erstes und oberstes Ziel die Aufrechterhaltung der Ordnung sein muss“.¹⁶

Die Stimmung im nationalliberalen Lager fasste Gustav Stresemann am 14. November in der Wochenschrift „Deutsche Stimmen“ prägnant zusammen. In einem Artikel mit der Überschrift „Der Umsturz“ schrieb der spätere Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichskanzler und Reichsaußenminister: „Das deutsche Bürgertum außerhalb der Sozialdemokratie sieht sich gegenwärtig fast zur Einflusslosigkeit verurteilt. [...] Der sozialdemokratische Führer, Ebert, gibt sich gewiss alle Mühe, die Entwicklung vor einem sich überstürzenden Radikalismus zu bewahren. [...] Unsere Aufgabe ist, alles zu tun, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und uns vor einem Chaos zu bewahren. Völlig falsch wäre es deshalb auch, daran Kritik zu üben, daß die Beamtenschaft sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hat und weiter arbeitet. Die schwerste Pflichterfüllung ist der Sieg über das eigene Empfinden. [...] Besonnenheit und Pflichterfüllung bis zum Äußersten, das wollen wir unsererseits uns bewahren und hinüberretten, auch wenn um uns herum die festes-

14 Ernst Graf Reventlow, in: Deutsche Tageszeitung (11.11.1918), zit. nach: Eberhard Buchner (Hg.): Revolutionsdokumente. Die deutsche Revolution in der Darstellung der zeitgenössischen Presse. Bd. 1. Im Zeichen der roten Fahne, Berlin 1921, hier 152.

15 Zit. nach: Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution. Ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk, Berlin 1921, hier 40f.

16 Frankfurter Zeitung (14.11.1918).

ten Grundmauern einstürzen, an deren Unerschütterlichkeit wir fest geglaubt hatten.“¹⁷

Etwa vier Fünftel der Beamtenschaft blieb trotz vorherrschender Verzweiflung über den Zusammenbruch und die Revolution im Dienst – auch aus Sorge, dass sonst alles zusammenbrechen würde. Die studentischen Korporationen stellten sich der sozialistischen Regierung mit einem nationalistischen und monarchistischen Vorbehalt zur Verfügung.¹⁸ Beispielhaft war die Erklärung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Francis Kruse, der seine Beamten am 13. November aufforderte, möglichst lange im Amt zu verbleiben, um die öffentliche Sicherheit, den Verkehr und die Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten. Er schloss seine Ansprache mit einem Hoch auf Kaiser und König. Regierungspräsident von Miquel in Oppeln erklärte gegenüber Gewerkschaftsfunktionären, er werde sein Amt „nicht im Interesse der neuen Gewalthaber, sondern im Interesse des Vaterlandes“ weiterführen. Er sei „königstreuer Gesinnung“, daran habe auch die Revolution nichts geändert.¹⁹

Insbesondere der Haltung des Chefs der Obersten Heeresleitung Paul v. Hindenburg kam in den Novembertagen größte Bedeutung für das Verhalten des gesamten monarchistisch-konservativen Lagers zu. Bereits am 10. November war zu hören und zu lesen, dass sich der Generalfeldmarschall und legendäre Kriegsheld auf den Boden der gegebenen Tatsachen und der neuen Regierung zur Verfügung gestellt habe. Eugen Fischer-Baling hatte mehr als zehn Jahre später noch genau die Wirkung dieser Meldung vor Augen: „Es werden unter den damaligen Lesern und Hörern dieser Nachricht wenige sein, die sich nicht heute noch erinnern, dass sich, als sie sie vernahmen, plötzlich etwas in ihnen drehte. Es war das Weltbild, das sich drehte, und die Teile des Gehirns, in denen es gesessen hatte. Der Erschütterung folgte das Auflachen, mit dem der Mensch das verrückte Weltbild begreift und anerkennt, oder aber die Wut und Empörung, mit der er begreifend der neuen Lage sich widersetzt. Hindenburg hatte bisher als der Inbegriff des monarchischen und militärischen Prinzips gegolten, gegen das die Revolution sich auflehnte. Wenn der sich auf den Boden der Tatsachen und der neuen Regierung zur Verfügung stellen konnte, gab es dann einen einzigen Vertreter des alten Systems, dem nicht auf dieselbe Art in Dienst und Ansehen zu bleiben möglich war? Und wenn alle Hindenburgs Vorgang folgten – woran nicht zu zweifeln war –, fand sich dann nicht wie

17 Zit. nach: Miller et al.: Die November-Revolution 1918 im Erleben und Urteil der Zeitgenossen, 1968, (wie Anm. 6), hier 22.

18 Christoph Cornelißen: „Schuld am Weltfrieden“. Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag, in: Gerd Krumeich/Silke Fehlemann (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte N.F. 14), Essen 2001, S. 237–258.

19 Wolfgang Runge: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1932, Stuttgart 1965, hier 20.

durch Zauber alles beim alten? Niemand konnte dieser Überraschung ohne Gefühlsausbruch Herr werden. Welch ein Bild am Tage nach dem Sturz der Monarchie!“²⁰

Nachdem es nicht gelungen war, eine Revolution zu vermeiden, betrieb die OHL eine Politik der Schadensbegrenzung. Hindenburg und insbesondere General Wilhelm Groener, der Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister, hatten offenbar eine Deutung des revolutionären Geschehens vor Augen, die ihnen abwartendes und kooperationsberechtigtes Handeln nahe legte. „Sie haben die Ansicht, dass man unser Volk nur mit einem schwer Fieberkranken vergleichen kann und dass mit der Zeit auch dieses Fieber sich beruhigen wird“, schrieb Generalmajor Albrecht von Thaer seiner Frau in einem Brief am 20. November 1918, und er fügte hinzu, wie sehr er die Ruhe bewundere, die Hindenburg und Groener ausstrahlten.²¹ In seinen 1939 verfassten Erinnerungen berichtete Groener ausführlich vom „Bündnis“, das die OHL mit dem SPD-Führer, Interimskanzler und Volksbeauftragten Friedrich Ebert geschlossen habe. Er, Groener, habe am 10. November im Namen Hindenburgs die Armee der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, und erklärt, als Gegenleistung erwarte man die „Bekämpfung des Bolschewismus“ und Unterstützung „bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer“.²² Am 17. November 1918 schrieb Groener an seine Frau, er wolle gemeinsam mit Hindenburg Ebert, den er „als geraden, ehrlichen und anständigen Charakter persönlich schätze, stützen, solange es irgend geht, damit der Karren nicht noch weiter nach links rutscht.“ Groeners Analyse der Lage war im Übrigen nicht nur von Bolschewismusfurcht geprägt, sondern auch von unverhohlenem Antisemitismus: „Vier Jahre war das deutsche Volk ungebrochen gegen eine Welt von Feinden – nun lässt es sich wie eine Leiche umwerfen von einer Handvoll Matrosen, denen das russische Gift [...] eingespritzt war. Und wer sind die Drahtzieher? Juden hier wie dort.“²³

Wurde die Novemberrevolution in den ersten Tagen euphorisch als größte aller Revolutionen gefeiert, die einen glorreichen und unumstößlichen Sieg errungen habe, so änderten sich die Bilder sehr rasch. Von der SPD und den bürgerlichen Liberalen wurde sie schnell als Störfaktor im erfolgreichen Reformprozess gesehen, den man möglichst umgehend beseitigen sollte, um zu geordneten Verhältnissen zurückzufinden. Die radikale Linke forderte ein entschiedenes Weiterführen der Revolution, und die maßgeblichen Kräfte des Kaiserreichs überwandene ihre zeitweilige Lähmung. Die demokratisch orientierte „Frankfurter Zeitung“ hatte schon am 11. November nicht nur vor „Radikalisierung und Bolschewismus“ gewarnt, sondern auch vor den „alten

²⁰ Fischer-Baling: Volksgericht, 1932, (wie Anm. 10), hier 221.

²¹ Generalmajor a.D. Albrecht v. Thaer: Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen, Göttingen 1958, hier 274f, zit. nach: Miller et al.: Die November-Revolution 1918 im Erleben und Urteil der Zeitgenossen, 1968, (wie Anm. 6), hier 25.

²² Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 41), Göttingen 1957, hier 467f.

²³ Ebenda, 471f.

Mächten“. Die „haben abgedankt, aber sie sind noch nicht tot; sie haben sich unsichtbar gemacht, aber sie geben noch nicht alles verloren.“²⁴

Der Stimmungsumschwung zeigte sich deutlich in national orientierten Blättern wie der „Deutschen Zeitung“. Bereits am 18. November schrieb das Blatt, in Deutschland herrsche eine „Diktatur“: „Die Diktatur des deutschen Proletariats hat bisher jedes Blutvergießen zu vermeiden versucht. Das erkennen wir an. Sie bleibt aber trotzdem eine Diktatur, wie wir sie in den Zeiten der schlimmsten Reaktion nicht gehabt haben.“²⁵ Am 12. Dezember formulierte die „Deutsche Zeitung“, dass die herrschenden Zustände auf Dauer nicht anerkannt würden: „Es ist keine Genugtuung für uns, an jedem Tag erneut feststellen zu müssen, dass die Revolution das Deutsche Reich in den Abgrund geführt hat. Es wird wohl kaum jemand geben, der das bestreiten kann angesichts der geradezu unerhörten Zustände, unter den wir leben müssen. Nichts kennzeichnet den Bankrott der Revolution deutlicher als die Tatsache, dass die Entente die jetzige Regierung nicht anerkennt“.²⁶

Auch der politische Katholizismus sparte nach einer sehr kurzen Phase der Zurückhaltung nicht mit Kritik an der Revolution und ihren Ergebnissen. Die Novemberrevolution hatte die Katholiken nicht nur völlig unvorbereitet getroffen, es gab aus der Sicht des Katholizismus für sie auch keine Rechtfertigung. Revolutionen waren nach der katholischen Soziallehre nur unter Bedingungen zu billigen, die für das Deutsche Kaiserreich offenkundig nicht zuträfen. Dazu kam, dass die revolutionären Ereignisse in Berlin den 1912 gewählten Reichstag als Verfassungsorgan ausschalteten, dessen Zentrumsfraktion die Gesamtpartei im Deutschen Reich geführt hatte. Unsicherheit und Verwirrung waren daher im katholischen Bevölkerungsteil besonders groß. Einzelne Parteiführer des Zentrums forderten ihre Glaubensgenossen zwar auf, in den nun entstehenden revolutionären Gremien mitzuarbeiten; dennoch war die Haltung der deutschen Katholiken zur Revolution insgesamt unbedingte ablehnend.²⁷ Zwei Wochen nach der Revolution ließ der Münchener Erzbischof Michael v. Faulhaber von den Kanzeln einen Hirtenbrief verlesen, in dem es hieß, die Revolution könne nach christlichen Grundsätzen nicht gebilligt werden. Der Erzbischof vermied jeden Kontakt zur „Gewaltregierung“, um eine Legitimation der Revolution zu vermeiden.²⁸ Die zentrumsnahe, in Berlin erscheinende „Germania“ hat in der Zeit der revolutionären

24 Frankfurter Zeitung (11.11.1918).

25 Deutsche Zeitung (18.11.1918), zit. nach: Wulle: Im Zeichen der Revolution, (o.J. – Vorwort 1919), (wie Anm. 9), hier 100.

26 Deutsche Zeitung (12.12.1918), zit. nach: Wulle: Im Zeichen der Revolution, (o.J. – Vorwort 1919), (wie Anm. 9), hier 121.

27 Georg Kotowski: Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen! Der politische Katholizismus, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 159–180, hier 159.

28 Heinz Hürten: Die Kirchen in der Novemberrevolution. Eine Untersuchung zur Geschichte der Deutschen Revolution 1918/19 (Eichstätter Beiträge 11), Regensburg 1984, hier 84.

Auseinandersetzungen „schroff antirevolutionäre und antisozialistische Positionen vertreten, wobei sie sich auch in der Wortwahl von rechtsstehenden Organen nicht immer deutlich unterschied.“²⁹

Bereits im Verlauf des Novembers und Dezembers 1918 nahm die Publizistik der monarchistischen und nationalen Rechten eine massive, mitunter durchaus militante Oppositionshaltung gegen die Revolution und den „Rat der Volksbeauftragten“ ein. Auch die Organe des bürgerlichen Liberalismus sparten nicht mit Kritik. In seiner Untersuchung über die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD kam Detlef Lehnert zu dem Ergebnis: „Die als konsensstiftende ‚Staatsideologie‘ seit der Weimarer Periode gern bemühte Legende, daß die bürgerliche Mitte und Rechte im Gegensatz zur militanten Agitation des Spartakusbundes der Regierung Ebert-Haase zunächst ‚besonnen‘ gegenübergetreten sei, hat eine den Unkundigen geradewegs erschreckende Palette von Belegen aggressiver antidemokratischer Propaganda seit den ersten Revolutionstagen in Vergessenheit geraten lassen. In diesem Zusammenhang erweisen sich die militaristische ‚Dolchstoß‘-Agitation, ‚christlicher‘ Antisemitismus und bis in persönliche Hasstiraden hineinreichende Kampagnen gegen führende Sozialdemokraten als wesentliche Elemente einer nahezu ungebrochen restaurativen Ideologie, die in den Revolutionsmonaten die Presse von DNVP, DVP und überwiegend sogar der Zentrumsparterie gekennzeichnet hat.“³⁰

Auf Seiten der politischen Linken war von Euphorie schon bald nichts mehr zu spüren. Trotz aller Massenbeteiligung bei Demonstrationen und Kundgebungen wurde die Revolution verbreitet als seltsam blutleeres Geschehen ohne Schwung und Begeisterung wahrgenommen. Der Sozialdemokrat Wilhelm Bloss hielt 1923 in seinen Erinnerungen fest, er habe das schon am 9. November in Stuttgart so empfunden: „Auf dem Heimwege ließ mich der Gedanke nicht los, dass dieser Revolution etwas fehlte, nämlich eine allgemeine, alles überbrausende, mitreißende und erhebende Begeisterung. Ich sagte mir freilich, dass durch die furchtbare Niederlage und das Elend Deutschlands die sonst wohl nicht ausbleibende Begeisterung notwendigerweise etwas gedämpft werde. Aber der Gedanke stimmte mich immerhin etwas herab.“³¹

Ganz ähnlich äußerte sich knapp sechs Wochen später Ernst Däumig. Er war führender Vertreter der Revolutionären Obleute, Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und stand auf dem linken Flügel der USPD, deren Vorsitz er im Dezember 1919 übernahm. Däumig hielt am 19. Dezember 1918 beim allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte eine Rede, in der er erklärte: „Der Rausch der ersten Revolutionstage ist schnell verflogen. Alle die Bedenklichkeit, alle die Rück-

29 Kotowski: Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen!, 1989, (wie Anm. 27), hier 166.

30 Lehnert: Sozialdemokratie und Novemberrevolution, 1983, (wie Anm. 5), hier 10.

31 Bloss: Von der Monarchie zum Volksstaat, 1923, (wie Anm. 3), hier 22.

ständigkeit und zähe Anhänglichkeit an die alten Ideologien ist noch sehr stark vorhanden. [...] wo ist der große seelische, ideale Schwung, der durch die Nationalkonvente Frankreichs durchging? Wo ist die jugendfrische Märzbegeisterung des Jahres 1848? Wo ist die Hymne, die aus der Freiheitsbewegung des deutschen Volkes entstanden ist? – Nichts davon zu spüren! Ein großes Symbol kann man noch sehen: auf den Staatsgebäuden flattern noch die Farben des alten Systems mit ihren Emblemen und darüber ein armseliges rotes Wimpelchen. Das charakterisiert die Revolution von heute!“³²

Die Revolution und ihre Deutung im politischen Streit der Weimarer Republik

In den zeitgenössischen Auseinandersetzungen und Kämpfen der Revolutionsmonate ging es stets auch um die Deutung des bisherigen Revolutionsgeschehens. So war die Interpretation der Revolution von Anfang an Gegenstand heftiger Kontroversen im politischen Raum. Aus politischen und gesellschaftlichen Positionen ergaben sich nahezu selbstverständlich entsprechende Interpretationen der Revolution, die mehr oder minder lange Lebensdauer aufwiesen, die für Jahre oder auch Jahrzehnte Geschichtsbilder prägen sollten. Später spiegelte sich der politische Streit zwischen den Parteien in der Weimarer Republik in den Auseinandersetzungen um die Deutung der Revolution wider, die Kontroversen über die Revolution waren bis in die Schlussphase der Republik elementarer Bestandteil der politischen Auseinandersetzung.

Wenn im Folgenden elf politische Deutungsmuster der Revolution 1918/19 unterschieden werden, so ist damit nicht die Vorstellung verbunden, dass diese Interpretationen stets strikt voneinander getrennt vertreten worden seien. Die Muster repräsentieren unterschiedliche politische Interessenlagen und Zielsetzungen. Einzelne stehen sich diametral und gegensätzlich gegenüber, zwischen anderen gab es Überschneidungen und Verbindungen.

Verrat an Kaiser und Reich

Sang- und klanglos verschwanden im November 1918 die Monarchien in Deutschland, keine Hand rührte sich in den entscheidenden Tagen zur Verteidigung des Kaiserreichs. Das war keineswegs darauf zurückzuführen, dass das Anciens Régime grundsätzlich keine Anhänger mehr hatte. Der Kaiser war vielmehr nach vier Jahren Krieg unter innen- wie unter außenpolitischen Gesichtspunkten offensichtlich nicht

³² Zit. nach: Miller et al.: Die November-Revolution 1918 im Erleben und Urteil der Zeitgenossen, 1968, (wie Anm. 6), hier 13.

mehr zu halten. Die Abdankung Wilhelms II. stand spätestens zu dem Zeitpunkt auf der Tagesordnung, als die Oberste Heeresleitung zu dem Ergebnis kam, es sollten unverzüglich Verhandlungen über einen Waffenstillstand aufgenommen werden. Die Alliierten hatten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die Repräsentanten des Kaiserreichs als Verhandlungspartner nicht akzeptieren würden. So gab es bereits im Oktober allenthalben Überlegungen, ob man nicht ohne den Kaiser mit einem günstigeren Frieden rechnen könne als mit ihm. Matthias Erzberger hielt in seinen Erinnerungen fest, die Sozialdemokraten seien keineswegs der Motor dieser Überlegungen gewesen. „In den Vordergrund wurde die Frage der Abdankung des Kaisers durch Erörterungen in demokratischen Zeitungen ab Mitte Oktober gezogen, während die Sozialdemokraten sich zunächst mit der Einführung des parlamentarischen Systems und der Verfassungsänderung begnügten.“³³ Diese Feststellung korrespondiert mit Eberts Haltung, über die Frage der Staatsform müsse die Nationalversammlung entscheiden. Ebert hat zwar am 9. November durchaus auch auf einen Rücktritt des Kaisers gedrängt – unter den politisch Verantwortlichen gab es zu diesem Zeitpunkt niemand, der am Kaiser glaubte festhalten zu können. Aber Ebert hat die Ausrufung der Republik durch Philip Scheidemann am 9. November kritisiert und keineswegs gut geheißt.

Die Novemberrevolution hatte die Frage der Monarchie nicht in den Augen aller Deutschen endgültig erledigt. Auch nach dem 9. November gab es überzeugte Monarchisten, vor allem in den bis dahin herrschenden Schichten. Im Offizierskorps, unter den Großgrundbesitzern, in der höheren Beamtschaft und nicht zuletzt in der alten Konservativen Partei überwogen die Anhänger der Monarchie. Zum großen Teil folgten diese Herzensmonarchisten dem Beispiel Hindenburgs, blieben im Amt und sorgten für ein hohes Maß an Kontinuität zwischen Kaiserreich und Republik. Graf Westarp's Verhalten war eher die Ausnahme. Der ehemalige Vorsitzende der Konservativen Partei schied noch 1918 aus dem Dienst aus, weil er nicht Beamter der Republik sein wollte. Er blieb dem Haus Hohenzollern mit Treuevorstellungen verbunden, die man getrost „vormodern“ nennen kann. Passend dazu sprach sich Westarp klar gegen den Namen „Volkspartei“ aus, als es um die Frage ging, unter welchem Namen sich die Konservativen neu formieren wollten. Jede Idee von Volkssouveränität blieb ihm völlig fremd. Konsequenterweise löste er innerhalb der neuen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) die alte Konservative Partei nicht auf, sondern hielt sie weiter am Leben. So existierten östlich der Elbe die Ortsvereine der Konservativen Partei neben denen der DNVP weiter.

Mit seiner klaren kaisertreuen Haltung entwickelte sich Graf Westarp zum entscheidenden Katalysator einer Position, die in der Novemberrevolution vor allem einen Verrat an Kaiser und Reich sah. Nach einer außerordentlich kurzen Phase der Unsicherheit und des Rückzugs begann sich Westarp Anfang 1919 intensiv mit den

³³ Erzberger: *Erlebnisse im Weltkrieg*, 1920, (wie Anm. 4), hier 324.

Umständen der Abdankung des Kaisers und seines Übertritts in die Niederlande zu beschäftigen. Er sammelte Augenzeugenmaterial der unmittelbar beteiligten Offiziere mit dem Ziel, die Vorgänge aufzuklären, die zur Abdankung Wilhelms II. geführt hatten. Bereits am 5. Januar 1919 publizierte er in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel, in dem er behauptete, der Zerfall des Heeres habe begonnen, als man ihm den obersten Kriegsherrn genommen habe. Die Verantwortung für die Abdankung des Königs von Preußen trage allein der damalige Reichskanzler Prinz Max v. Baden, der den Kaiser durch eine gefälschte Urkunde abgesetzt und damit unnötig nachgegeben habe.³⁴ In der Folge entspann sich in der „Kreuzzeitung“ eine nur mit Mühe gezähmte Debatte zwischen verschiedenen Generälen, die sich beschuldigten, gegenüber der Revolution zu nachgiebig gewesen zu sein. Vor allem Groener wehrte sich scharf gegen die Bezeichnung „Revolutionsgeneral“.³⁵ Am 20. März 1919 spitzte Graf Westarp „ohne Rücksicht auf die Pistole des Prinzen Max“ seine Vorwürfe in einem Artikel über „Die gefälschte Abdankungsurkunde vom 9. November“ zu. Die gefälschte Abdankungsurkunde sei für den vollständigen Zusammenbruch der Ordnung im Reich und die Auflösung des Heeres verantwortlich. Der Kaiser sei von seinem ersten politischen Ratgeber und Vetter verraten worden.³⁶

Im Lauf des Jahres 1919 wurden Hintergründe und Verantwortlichkeiten für die Abdankung des Kaisers immer mehr zu einer wichtigen Frage, mit der sich insbesondere auch die Spitze des Offizierskorps beschäftigte. Unter den Generälen kursierte eine Denkschrift über die Ereignisse am 9. November 1918 in Spa, die der Chef der Heeresgruppe Kronprinz, Graf Schulenburg am 7. Dezember 1918 und damit sehr zeitnah zu den geschilderten Begebenheiten verfasst hatte. Schulenburg schrieb darin, er selbst habe gefordert, den Kampf gegen die revolutionäre Heimat mit Bombenflugzeugen, Gas und Flammenwerfern aufzunehmen. Während in Spa noch beraten worden sei, sei die Abdankung in Berlin durch Prinz Max verkündet worden. Aber nicht nur Prinz Max wurde kritisiert. Die Aufzeichnungen Schulenburgs vermittelten den Eindruck, dass der sich sträubende Kaiser von Groener und Hindenburg regelrecht in den Zug nach Holland hinein komplimentiert worden sei. Hindenburg erschien einerseits als massiv beteiligt, andererseits aber „als ein verbissen im Hintergrund agierender Intrigant, dem es gegen erhebliche Widerstände gelang, die eigene Person gegen Kritik zu immunisieren.“³⁷

Offenbar war Hindenburgs Verhalten bereits am 9. November stark durch geschichtspolitische Erwägungen geprägt. Er hatte einerseits eine klare Vorstellung vom politisch Notwendigen, wollte andererseits aber persönlich mit den Entschei-

34 Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933 (Schriften des Bundesarchivs 61), Düsseldorf 2003, hier 310.

35 Ebenda, 310.

36 Ebenda, 310.

37 Ebenda, 309.

dungen keinesfalls in Verbindung gebracht werden, um vor der Geschichte eine „weiße Weste“ zu behalten. Darauf hat Wolfram Pyta überzeugend hingewiesen. Tatsächlich hatte Hindenburg alle Vorbereitungen für ein wenigstens vorübergehendes Exil des Kaisers in den Niederlanden treffen lassen. „Hindenburg war die treibende Kraft bei einem Schritt, der wie kein zweiter das Ansehen der Hohenzollernmonarchie ruinierte und zumindest den letzten Träger der preußischen Krone so diskreditierte, daß Wilhelm II. selbst bei vielen Ultramonarchisten *Persona non grata* wurde.“³⁸

Eine Abschrift der Schulenburgschen Denkschrift war bereits kurz nach ihrer Fertigstellung der „Kreuzzeitung“ zugespielt worden, zum Gegenstand öffentlicher Debatten wurde sie, als das USPD-Organ „Freiheit“ sie Anfang April 1919 publizierte. Hindenburg reagierte sofort mit einer scharfen Entgegnung in der „Kreuzzeitung“ und suchte „mit Hilfe des Grafen Westarp den geschichtspolitischen Sprengstoff zu entschärfen, den mögliche Enthüllungen über sein tatsächliches Verhalten am 9. November zutage fördern konnten.“³⁹ Nach intensivem Bemühen und dank der Vermittlung des Grafen Westarp gelang es Hindenburg, ein Protokoll der Ereignisse am 9. November zu formulieren, dem schließlich auch Schulenburg, General Ulrich Freiherr v. Marschall und Generalfeldmarschall Hans von Plessen ihre Zustimmung gaben, obwohl sie die Dinge ursprünglich völlig anders dargestellt hatten. Am 27. Juli 1919 wurde dieses Protokoll in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht. Wer dieses Protokoll las, „mußte Hindenburg von jeder herausgehobenen Verantwortung für den gerade Monarchisten tief verstörenden Übertritt des Kaisers in die Niederlande freisprechen. Demnach hatten der illoyale Prinz Max von Baden und die revolutionäre Verseuchung von Heimat und Heer dem Kaiser diesen Schritt aufgezwungen. Dieser stand am 9. November 1918 ‚unter dem niederschmetternden Eindruck, daß ihn der erste Ratgeber der Krone, der Reichskanzler, preisgegeben hätte, daß Heer und Marine ihn verlassen hatten und daß ihm der Weg in die Heimat und zur Front verschlossen war‘.“⁴⁰

Der Kaiser selbst bedrängte Hindenburg ohne jeden Erfolg, zumindest einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Schließlich veröffentlichte Wilhelm II. 1922 seine Erinnerungen, in denen er ohne Namensnennung, aber in der Sache unmissverständlich Hindenburg mit in die Verantwortung nahm: „Nach unendlich schweren Seelenkämpfen habe ich auf dringendstes Anraten meiner zurzeit anwesenden höchsten verantwortlichen Ratgeber den Entschluß gefaßt, außer Landes zu gehen, weil ich auf Grund der mir gemachten Meldungen glauben mußte, dadurch Deutschland am treuesten zu dienen, ihm günstigere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zu ermöglichen und ihm weitere Menschenverluste, den Bürgerkrieg, Not und

38 Wolfram Pyta: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007, hier 372.

39 Ebenda, 415.

40 Ebenda, 423f.

Elend zu ersparen.“⁴¹ Dieser Hinweis wurde nun jedoch bis weit ins nationalliberale Milieu hinein als „billige Ausrede“ wahrgenommen, „hinter der sich Wilhelm II. verschanzte, um davon abzulenken, dass er das deutsche Volk im Stich gelassen und es versäumt habe, für sein vermeintliches Recht zu streiten.“⁴² Hindenburg war es trotz einer intensiven Debatte in monarchistischen Kreisen über die Umstände der Abdankung und des Übertritts in die Niederlande am 9. November 1918 gelungen, seine eigene Rolle so in der öffentlichen Meinung festzuschreiben, wie es seinen eigenen Interessen entsprach. „Dieser Erfolg seiner ausgeklügelten geschichtspolitischen Strategie“, vermutete Wolfram Pyta, „dürfte ihn zur Nachahmung ermuntert haben. Es ist jedenfalls frappierend, wie es dem durch die Übernahme der Reichspräsidenschaft zusätzlich geadelten Hindenburg von 1925 an glückte, seine Werturteile über die historisch besonders sensiblen Kapitel des Ersten Weltkrieges in durchaus seriöse Publikationen einfließen zu lassen.“⁴³

Das Ausmaß, in dem während der zwanziger Jahre über die Verantwortung für die Abdankung des Kaisers gestritten wurde, war ein deutliches Zeichen dafür, dass die Monarchie in bestimmten Kreisen nach wie vor glühende Anhänger hatte. Die Deutung des Revolutionsgeschehens als Verrat an Kaiser und Reich kam denen entgegen, die danach strebten, zum status quo ante, zu konservativen moralischen Codes im Alltagsleben und zu konventionellen patriarchalischen Verhältnissen zurückzukehren. Man darf zwar mit dem britischen Historiker Richard Bessel durchaus bezweifeln, ob die „gute alte Zeit“ jemals existiert hat, es sei denn in den Vorstellungen mancher Zeitgenossen von 1918/19⁴⁴ – aber darauf kommt es nicht an; Geschichtsbilder entfalten ihre Kraft unabhängig von deren Realitätsgehalt. Je weniger Faszinationskraft von der Wirklichkeit der neuen Republik ausging, desto attraktiver erschien die Vorstellung von der heilen Welt des Kaiserreichs. Thomas Manns 1918 veröffentlichte „Betrachtungen eines Unpolitischen“, in denen er das monarchische Deutschland um der unpolitischen, bürgerlich-künstlerischen Freiheit willen verteidigte, erreichten in den Jahren der Weimarer Republik zwanzig Auflagen.⁴⁵

Im unmittelbar politischen Raum setzte sich der monarchische Gedanke rasch innerhalb der DNVP durch. Noch im Frühjahr 1919 war Graf Westarp mit seiner Position in der Minderheit gewesen. Auf dem Parteitag der DNVP am 12. Juli 1919 gab es dann heftige Auseinandersetzungen über das Verhältnis der Partei zur Monarchie. Einzelne Delegierte plädierten dafür, aktiv am Wiederaufbau des Reiches teilzuneh-

⁴¹ Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig/Berlin 1922, hier 246.

⁴² Pyta: Hindenburg, 2007, (wie Anm. 38), hier 428.

⁴³ Ebenda, 424.

⁴⁴ Richard Bessel: *Germany after the First World War*, Oxford 1993, hier 222f.

⁴⁵ Walter Bussmann: Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift (HZ)* 190 (1960), S. 55–77, hier 56.

men. Daraufhin bezeichnete Axel von Freytagh-Loringhoven die Monarchie als die einzig mögliche Staatsform für das Reich und nannte unter stürmischem Beifall der Delegierten den neuen Staat eine „gottverdammte und gottverfluchte Republik“, deren Verfassung man ablehnen müsse. Nach ihrer Programmrevision von 1920 bekannte sich die DNVP als Ganze offen zur Monarchie.⁴⁶

Unabhängig vom Streit über die Verantwortlichkeiten im unmittelbaren Umfeld des Kaisers nahmen die monarchistischen Kreise auch bald wieder ihre eigentlichen politischen Gegenspieler ins Visier und sorgten damit für klarere Fronten in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. So machte Graf Westarp, der bis dahin Prinz Max v. Baden als den eigentlich Schuldigen herausgestellt hatte, zum ersten Jahrestag des 9. November vor allem die Sozialdemokratie für den Verrat am Monarchen verantwortlich. Seit dem 4. August 1914 habe die internationale Sozialdemokratie ihr Ziel, an die Stelle der Monarchie die sozialdemokratische Klassenherrschaft zu setzen, im Auge gehabt. Am 9. November 1918 sei die Saat aufgegangen. Seit dem Frühjahr 1917 hätten sich auch Zentrum und Demokratie mit der Politik des „Verständigungswahns“ an die Sozialdemokratie gekettet.⁴⁷ Die Revolution selbst deutete er als Verrat an Kaiser und Reich.

In diesem Bild traf sich die Vorstellung der monarchistischen Kreise mit der Haltung der großen christlichen Kirchen. In beiden wurde die Revolution verurteilt und abgelehnt, sie wurde als Verstoß gegen die Pflicht gesehen, die jeder Untertan der gottgewollten Obrigkeit schuldig sei. Es hatte aus der Sicht der Kirchen keinerlei berechtigten Grund gegeben, die alte Obrigkeit zu stürzen. Mehr noch als den Katholiken fiel den Lutheranern der Zugang zu einem Staat außerordentlich schwer, der aus einem Umsturz hervorgegangen war. Nur äußerst langsam entstand die Bereitschaft, das lutherische Staatsdenken auf die Republik zu übertragen.⁴⁸

Die Deutung der Revolution als Verrat an Kaiser und Reich wurde in der Zeit der Weimarer Republik nie zur dominierenden Interpretation, aber sie verschwand auch keineswegs im Lauf der Jahre – wie auch der Wunsch, eines Tages vielleicht doch wieder zur Monarchie zurückzukehren, östlich der Elbe und unter anderen altkonservativen Anhängern der Hohenzollern lebendig blieb. Der Erfolg der 1928 erschienenen Monografie „Kaiser und Revolution“ von Alfred Niemann,⁴⁹ die den Kaiser in jeder Hinsicht verteidigte, illustriert die Virulenz dieser Frage bis in die Schlussphase der Republik. Der „Verrat am Kaiser“ blieb in bestimmten Kreisen ein wunder Punkt. Das zeigt beispielhaft auch die Tatsache, auf welche Weise sich das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ zehn Jahre nach der Revolution mit den Novemberereignissen beschäftigte. Das Blatt druckte zwei Artikel. Der eine stammte von Generalleutnant a.D. Ernst

⁴⁶ Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 317.

⁴⁷ Ebenda, 310.

⁴⁸ Kurt Nowak: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1981, hier 291.

⁴⁹ Alfred Niemann: Kaiser und Revolution, 2. Aufl., Berlin 1928.

Kabisch: „Zum Gedächtnis des großen Krieges. Der 9. November 1918 in Spa – Erlebtes“. Der andere widmete sich der Frage, „Wie Wilhelm II. das Heer verließ“.⁵⁰

Wie sehr sich die politisch Verantwortlichen im Hinblick auf die Revolution unter Druck sahen, zeigten auch die 1923 erschienenen Erinnerungen Friedrich v. Payers, im Herbst 1918 Stellvertreter des Reichskanzlers Max v. Baden. Payer war ein württembergischer Liberaler, der seit den späten Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts den Wahlkreis Tübingen-Reutlingen im Reichstag vertreten und 1909 die Fortschrittliche Volkspartei mit ins Leben gerufen hatte.

In seinen Erinnerungen unterstrich Payer, dass die Regierung am 9. November der Revolution schutzlos ausgeliefert gewesen sei. „Auf wen sollten wir uns denn bei einer polizeilichen oder militärischen Aktion zu deren pflichtgemäßer Unterdrückung stützen? Auf die Marine? Sie war der Kernpunkt der Revolution, keiner der Vorgesetzten hatte etwas mehr zu sagen. Auf das Militär? Von überall her kamen die Meldungen über die Bildung von Soldatenräten im Heere, vom Verschwinden oder vom passiven Verhalten der Offiziere oder von deren gewaltsamer Absetzung, gelegentlich auch Misshandlung. [...] Es war, unter dem Gesichtspunkt der Disziplin betrachtet, schon eine günstige Nachricht, wenn es nur hieß, die Truppen seien noch treu, erklärten aber, unter keinen Umständen gegen ihre Volksgenossen kämpfen zu wollen.“⁵¹

Die umfangreiche Rechtfertigung weist bereits darauf hin, dass die öffentliche Meinung im bürgerlichen und nationalen Lager sich inzwischen deutlich verändert hatte. Payer sprach dies mit ironischem Unterton auch direkt an. „Seither sind nun bald fünf Jahre vergangen. Königstreue, starke oder wenigstens selbstbewußte Männer, die damals nicht dazu kamen, die Monarchie selbst zu retten, versuchen jetzt den Nachweis, daß die Revolution keineswegs die unausbleibliche Folge des militärischen, außenpolitischen und seelischen Zusammenbruchs gewesen, sondern künstlich im Kriegskabinett aus dem Haß gegen das Bestehende von den Mehrheitsparteien unter Führung von Erzberger, Scheidemann und mir herbeigeführt worden oder von diesen wenigstens zu vertreten sei. Mich muten derartige Beschuldigungen, in denen unser Einfluß auf die Dinge wirklich überschätzt wird, immer etwas komisch an.“⁵²

Neben der Frage, ob die Revolution zu verhindern gewesen wäre, stellte Payer die Abdankung des Kaisers in den Mittelpunkt seines Berichts über die Revolutionszeit. Er berichtete von seiner Erfahrung, dass auch Bevölkerungskreise entschieden den Rücktritt des Kaisers gefordert hätten, an deren ausgesprochen monarchischer Gesinnung kein Zweifel bestanden habe – „aus dem Wunsch heraus, unser Volk vor erschwerten Bedingungen unserer Gegner durch das Opfer eines Einzelnen, nicht

⁵⁰ Stuttgart Neues Tagblatt 85 (1928) (9.11.1928).

⁵¹ Friedrich Payer: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt am Main 1923, hier 160.

⁵² Ebenda, 168f.

Schuldlosen zu retten, meist wohl auch in der Absicht, durch den Rücktritt des nicht mehr zu haltenden Monarchen die Monarchie zu erhalten“.⁵³

Der nach wie vor schwelende Vorwurf des Verrats am Monarchen kann auch die bemerkenswerte Ausführlichkeit erklären, mit der Philipp Scheidemann sich 1928 in seinen Memoiren der Abdankung des Kaisers widmete. Für ihn hatte sich aus der dritten Wilsonnote zweifelsfrei ergeben: „Die Tage Wilhelms II. als Kaiser waren gezählt.“ Als Kronzeugen zitierte Scheidemann Wilhelm Heinrich Solf, den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der erklärt habe: „Aus vielen Umständen ergebe sich das Resultat, daß man allgemein die Abdankung des Kaisers erwarte. Man verlange offenbar, daß ein weithin sichtbar gewesenes Symbol des deutschen Militarismus falle.“ Schließlich habe auch der Vetter des Kanzlers, Fürst Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, dem Kanzler telegraphiert, „man deute in der Schweiz die Wilsonnote nur dahin, daß der einzige Weg zu einigermaßen erträglichem Frieden über den Rücktritt des Kaisers führe“.⁵⁴ Vizekanzler Payer, so Scheidemann weiter, habe gegenüber dem Kanzler erklärt: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechtsstehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenherzigkeit sagen hören: Der Kaiser muß sofort zurücktreten ... Je länger die Hetze fortdauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, daß man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“⁵⁵ Offensichtlich war Scheidemann sehr daran interessiert, die Sozialdemokraten von jedem Verdacht und Vorwurf freizusprechen, sie seien die treibende Kraft bei der am 9. November veröffentlichten Abdankungserklärung gewesen. Ebenso nützlich erschien es ihm im Abstand von zehn Jahren offenbar, seine eigene Ausrufung der Republik am 9. November als schlichten Vollzug eines allgemein und insbesondere in rechtsorientierten Kreisen virulenten Wunsches darzustellen. Die Deutung der Revolution 1918/19 als Verrat an Kaiser und Reich war 1928 nicht vorherrschend, aber offenbar doch so geschichtsmächtig, dass sie einen Sozialdemokraten wie Philipp Scheidemann in eine Verteidigungsposition zwang.

Dolchstoß in den Rücken des Heeres

Die Deutung der Revolution als „Dolchstoß in den Rücken des Heeres“ war mehr als zwei Jahrzehnte die einflussreichste Interpretation des Geschehens. Sie trat allein auf, war aber auch nicht selten mit der Deutung der Revolution als „Verrat an Kaiser und Reich“, als „Verrat am Vaterland“ oder als „Nationales Unglück“ verbunden.

53 Ebenda, 150.

54 Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928, hier 242.

55 Ebenda, 256.

Die Dolchstoßthese darf durchaus als der kleinste gemeinsame Nenner verstanden werden, auf den sich die im weitesten Sinn nationalen, völkischen und konservativen Milieus verständigen konnten.

Ihr bedeutsamster Ausgangspunkt lag bei der militärischen Führung, die bereits Anfang Oktober 1918 jede Verantwortung für den Kriegsausgang von sich gewiesen hatte. General Ludendorff hatte am 1. Oktober vor einem kleinen Kreis von Offizieren eine in höchstem Maße alarmierende und deprimierende Ansprache gehalten, wie Generalmajor Albrecht von Thaer in seinem Tagebuch festhielt: „Die OHL und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidlich bevor. Bulgarien sei abgefallen, Österreich und die Türkei, am Ende der Kräfte, würden schon bald folgen. Unsere eigene Armee sei leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen sei kein Verlaß mehr. [...] Hertling sei zurückgetreten. ‚Zur Zeit haben wir also keinen Kanzler. Wer es wird, steht noch aus. Ich habe aber S.M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, dass wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.“⁵⁶

Bereits die Umbildung der Regierung im Oktober brachte also diejenigen Kräfte mit an die Regierung, die in Ludendorffs Augen für die Kriegsniederlage verantwortlich waren: Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten.

Für die Konservativen war schon die Einführung des parlamentarischen Systems im Oktober eine Art Dolchstoß. Auf entsprechende Propaganda reagierend, warf Theodor Wolff am 28. Oktober im Berliner Tageblatt der „Kriegsmacherpresse“ vor, sie erzähle den Truppen, dass man ihnen verräterisch in den Rücken gefallen sei.⁵⁷ Die erste Verwendung des Begriffes „Dolchstoß“ ist für den 2. November 1918 gesichert nachgewiesen. Der Reichstagsabgeordnete der Fortschrittspartei Ernst Müller-Meinigen appellierte an diesem Tag an eine Versammlung: „Solange die äußere Front hält, haben wir die verdammte Pflicht zum Aushalten in der Heimat. Wir müssten uns vor unseren Kindern und Kindeskindern schämen, wenn wir der Front in den Rücken fielen und ihr den Dolchstoß versetzten.“⁵⁸ Sachlich ähnliche Vorgehensweisen finden sich in variierenden Formulierungen in zahlreichen Presseberich-

⁵⁶ Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 79.

⁵⁷ Vgl. Annelise Thimme: Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, hier 78f.

⁵⁸ Ernst Müller (Meinigen): Aus Bayerns schwersten Tagen. Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, 2. Aufl., Berlin 1924, hier 27, zit. nach: Friedrich Freiherr Hiller v. Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten. Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 122–160, hier 124.

ten, Briefen und Tagebucheintragungen. Noch vor dem Beginn der Revolution war damit der Kern der nationalen und nationalistischen Revolutionsdeutung entwickelt: Die Revolution fiel dem deutschen Heer in den Rücken, war Ursache der Niederlage im Krieg.

Zahllose Belege zeigen, wie weit diese Deutung bereits 1918 um sich griff. Beispielsweise hat Major Graf zu Eulenburg als Regimentskommandeur am Tag des Waffenstillstands eine Ansprache gehalten – die Rede wurde auf Wunsch einiger Offiziere noch am 11. November in einem Diktat festgehalten und danach dem Offizierskorps vervielfältigt überreicht. Darin hieß es: „Diesen Augenblick, wo der Feind uns vorn an der Gurgel saß benutzten Verräter in der Heimat, von selbstsüchtigen Verführern aufgehetzt, um uns das Messer in den Rücken zu stoßen.“⁵⁹ Am 3. Dezember behauptete ein Leitartikel in der „Deutschen Zeitung“, man habe den Sieg in sicheren Händen gehabt, doch sei „uns“ die Heimat in den Rücken gefallen. Am 8. Dezember führte das national orientierte Blatt aus: „Die Revolution hat der Front das Rückgrat gebrochen. Kein Feldherr konnte weiter Krieg führen, wenn das revolutionäre Chaos jede Zufuhr an Munition und Lebensmitteln verhinderte.“⁶⁰ In der „Kreuzzeitung“ war zur Jahreswende am 31.12.1918 zu lesen, die Revolution habe alles genommen, worauf „wir“ stolz waren. „Was die Feinde in jahrelangem Ringen nicht geschafft haben, haben wir selber uns angetan. Unseren kämpfenden Truppen haben wir den Dolch in den Rücken gestoßen.“⁶¹

Neben Offizierskorps und politischem Nationalismus war auch der Nationalprotestantismus eine Quelle der Dolchstoßthese. Der Nationalprotestantismus hatte wesentlich dazu beigetragen, dem Krieg eine geradezu heilsgeschichtliche Bedeutung für die Deutschen und ihr Reich zuzuschreiben. In zuvor nie gekanntem Ausmaß hatten sich die Deutschen zu Kriegsbeginn im August 1914 zu Kaiser und Vaterland bekannt, dieses nationale Bekenntnis schien das Volk über alle Klassenunterschiede, Standesgrenzen und Interessengegensätze hinweg zu einen. Innerhalb der evangelischen Landeskirchen wurde dieses so genannte „Augusterlebnis“ vielfach mystisch überhöht und mit religiösem Pathos versehen. „1914 identifizierte sich der lutherische Protestantismus enthusiastisch mit dem Vaterland [...] Der Hohenzollernstaat wurde als Beginn einer nationalen Heilsgeschichte betrachtet. Das Augusterlebnis schien die Reichsgründung zu überstrahlen, und der Weltkrieg wurde zu dem Höhepunkt, in dem sich die deutsche Geschichte vollenden sollte.“⁶²

Dieser theologischen Überhöhung des Krieges entsprachen die kirchlichen Reaktionen im Herbst 1918: Eine „reguläre“ militärische Niederlage schien angesichts der zuvor als göttliche Fügung proklamierten nationalen Heilsgeschichte völlig undenk-

59 Zit. nach: Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 126.

60 Zit. nach: Wulle: Im Zeichen der Revolution, (o.J. – Vorwort 1919), (wie Anm. 9), hier 120.

61 Zit. nach: Thimme: Flucht in den Mythos, 1969, (wie Anm. 57), hier 88.

62 Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 150.

bar. Am 6. Oktober predigte Pfarrer Wilhelm Fresenius, der später in der Bekennenden Kirche aktiv sein sollte, dass es ihm noch nie so schwer geworden sei, die Kanzel zu besteigen. Leute, „die sich Deutsche zu nennen wagen“, seien am Werk, Unordnung hervorzurufen, um Vorteile für sich und ihre Partei herauszuschlagen. Am 20. Oktober schrieb die Evangelische Kirchenzeitung, das erschütternde Ereignis der vergangenen Tage sei ein Zusammenbruch hinter der Front, nicht der Heldenfront. Die Heimat habe nicht durchgehalten.⁶³ Gemeint waren Regierungsumbildung und Oktoberreformen. Sieben Tage später bezeichnete das Blatt die Politik der Regierung Max v. Baden als „organisierten Landesverrat“. Am 10. November erklärte der spätere mecklenburgische Landesbischof Gerhard Tolzien, dass „wir“ planmäßig das Heer zermürbt, den Sieg den Feinden in die Hände gespielt und uns selbst verraten hätten. „Wir schicken die Türhüter fort und fangen an, im Hause das Unterste zuoberst zu kehren, in der Stunde, wo die Feinde es uns anzünden wollen. Wir machen unsere Wehr wehrlos, da sie des Untergangs sich erwehren musste.“⁶⁴

Boris Barth kam bei seiner Untersuchung der Dolchstoßlegenden zu dem Ergebnis, dass unabhängig von den Äußerungen der militärischen Führer die evangelischen Theologen eine wesentliche Rolle bei der Entstehung und Verbreitung der Dolchstoßlegende spielten: „Zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise hatten die Kirchenleitungen einen Verlust des Krieges auch nur vage in betracht gezogen, so dass sie im Herbst 1918 mit einem Vorgang konfrontiert wurden, den sie zuvor vollständig aus ihrem religiösen Weltbild ausgeschlossen hatten und der nur durch Verrat erklärbar wurde.“⁶⁵ Kriegstheologen wie Bruno Doehring waren der festen Überzeugung, dass das deutsche Volk nicht gehalten hatte, was es 1914 zu versprechen schien. Doehring predigte am Neujahrstag 1919, dass eine deutsche Niederlage niemals durch die militärische Überlegenheit der Gegner, sondern nur durch das religiöse Versagen der Heimat möglich war. Falsche Propheten waren für ihn Sozialisten, Liberale und Juden.⁶⁶

Neben der Dolchstoßthese in ihrer harten Variante – die Revolution und das Versagen der Heimat seien verantwortlich für die Niederlage im Weltkrieg – gab es im Herbst 1918 auch bereits eine „weichere“ Variante: Der Krieg sei zwar nicht mehr zu gewinnen gewesen, aber die Revolution und das Versagen der Heimat hätten dem Heer ein letztes Druckmittel aus der Hand geschlagen, um bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zu erstreiten. Diese weichere Variante fand Anhänger bis weit ins national-liberale Bürgertum hinein. So hatte es beispielsweise auch Max

⁶³ Vgl. ebenda, 169f.

⁶⁴ Vgl. Nowak: Evangelische Kirche und Weimarer Republik, 1981, (wie Anm. 48), hier 54, Wilhelm Pressel: Die Kriegspredigt 1914–1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands, Göttingen 1967, hier 299 sowie Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 169.

⁶⁵ Ebenda, 171.

⁶⁶ Vgl. Pressel: Die Kriegspredigt 1914–1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands, 1967, (wie Anm. 64), hier 300ff.

Weber für politisch notwendig gehalten „die Möglichkeit eines letzten verzweifelten nationalen Widerstandes“ wenigstens potentiell, als Karte im Spiel der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, offen zu halten. Das aber habe die Revolution vereitelt, „weil sie zur unverzüglichen Auflösung des deutschen Heeres geführt hatte und mit dem Ruf nach Frieden um jeden Preis auch innerlich die Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich gemacht hatte“. Bei Vorträgen in Wiesbaden und Berlin erklärte Weber öffentlich, die Revolution habe Deutschland die Waffen aus der Hand geschlagen und damit die Ausschaltung des US-Präsidenten Wilson als Weltfriedensrichter bewirkt. Insofern sei es „die schwere Schuld der Revolution, Deutschland vollkommen der Fremdherrschaft ausgeliefert zu haben.“⁶⁷ Gustav Stresemann schrieb am 17. November 1918, dass die Front bis zum letzten Augenblick gekämpft, die Heimat aber zusammengebrochen sei. Das Stereotyp, die Heimat sei der bis zuletzt kämpfenden Front in den Rücken gefallen oder habe sie im Stich gelassen, entstand so auch auf eine eigene Weise im bildungsbürgerlichen Milieu, unabhängig von der Sichtweise der Militärs.⁶⁸

Gestützt wurde die Dolchstoßthese auch durch die vielfach gebrauchten – und nur scheinbar harmloseren – Formulierungen, die deutschen Soldaten kehrten „vom Feinde unbezwungen“ nach Hause. So wurde am 8. Dezember 1918 in allen katholischen Kirchen in Deutschland ein „Willkommensgruß an unsere tapferen Krieger“ verlesen, in dem es hieß: „Ihr kehrt heim. Nicht als Besiegte! Mehr als vier Jahre hindurch, auf hundert Schlachtfeldern und in tausend Kämpfen habt ihr eure Treue gegen das Vaterland und eure Tapferkeit gegenüber einer Welt von Feinden glorreich bewiesen. [...] Euer Heldenschild ist blank, eure Ehre unversehrt; kommende Geschlechter werden eure Taten und eure Tapferkeit verherrlichen.“⁶⁹

Indirekt beteiligt an Entstehung und Verbreitung von Dolchstoßlegenden waren durch ähnliche Formulierungen durchaus auch Repräsentanten der neuen Republik. Mitte November erließ beispielsweise der Preussische Kriegsminister eine Instruktion für ein festliches Willkommen für die heimkehrenden Soldaten. Darin hielt er fest, die feldgrauen Helden kehrten „unbesiegt“ in die Heimat zurück, nachdem sie vier Jahre lang den Heimatboden vor den Schrecken des Krieges bewahrt hätten. In Düsseldorf wurden Soldaten mit Transparenten begrüßt, auf denen stand: „Ihr seid unbesiegt“.⁷⁰

In Berlin begann der feierliche Einzug der Fronttruppen am 10. Dezember und zog sich bis zum 22. Dezember hin. Zum Auftakt wurden am 10. Dezember vor dem Brandenburger Tor mehrere Reden gehalten. Friedrich Ebert wandte sich in direkter

67 Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik. 1890–1920, Tübingen 1959, hier 293. Mommsen verweist auf Wiesbadener Tagblatt Nr. 570 (6.12.1918) und auf Vossische Zeitung Nr. 653 (22.12.1918).

68 Vgl. Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 149.

69 Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 218.

70 Vgl. ebenda, 212f.

Ansprache an die Truppen: „Seid willkommen von ganzem Herzen, Kameraden, Genossen, Bürger. Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben. Und gerade eurem Heldentum gegenüber war es Pflicht, nicht noch zwecklose Opfer von euch zu fordern [...] Erhobenen Hauptes könnt ihr zurückkehren.“ Noch am selben Tag erschien in der „Neuen Preußischen Zeitung“ eine tendenziöse Wiedergabe dieser Sätze Eberts, die die Dolchstoßthese zu bestätigen schien. Die Sätze Eberts sind viel zitiert und intensiv untersucht worden. Annelise Thimme hielt es für denkbar, dass bei Ebert neben taktischen Gründen im Hinblick auf die OHL und neben einer sehr ritterlichen, letztlich unpolitischen Geste an die Soldaten auch persönliche Gründe eine Rolle gespielt haben könnten. Ebert hatte zwei Söhne im Krieg verloren und begrüßte in den Soldaten deren Kameraden.⁷¹ Für Klaus Hildebrand blieb allerdings eine „nicht ausgeräumte Uneindeutigkeit“,⁷² während Boris Barth betonte, es sei „unwahrscheinlich, dass Ebert in dieser spezifischen Situation die fatale Wirkung seiner Rede voraussehen konnte.“⁷³

Am 18. Dezember begrüßte der preußische Kriegsminister Scheuch die 5. Infanteriedivision mit den Worten: „Mit dem Willen zum Sieg in den Krieg gezogen, kehrt ihr, wenn wir auch von einer nie gesehenen Übermacht erdrückt wurden, doch als unbestrittene Sieger von der Wahlstatt zurück.“⁷⁴ In diesen Zusammenhängen ist zwar nicht von einem „Dolchstoß“ die Rede, aber die Schlussfolgerung ist nahe liegend, dass dem vom Feind „unbesiegt“ oder gar als „unbestrittener Sieger“ heimkehrenden Heer seine Niederlage durch die Heimat bzw. die Revolution zugefügt worden sein musste. Insofern trug der Topos, die Armee sei im Feld nicht besiegt worden, stets den Keim der Dolchstoßthese in sich. Er war am Kriegsende unabhängig von der politischen Grundhaltung – und vermutlich ohne Klarheit über seine Implikationen – weit verbreitet. Auch Soldatenräte verwendeten entsprechende Formulierungen.⁷⁵

In den November- und Dezemberwochen wurden noch recht unterschiedliche sprachliche Varianten für die Darstellung des Sachverhaltes gebraucht. Das sehr plastische „Dolchstoß“-Bild fand erst massive Verbreitung in der Presse, nachdem es die „Neue Zürcher Zeitung“ als gewissermaßen unabhängige ausländische Instanz verwendet hatte. Mitte Dezember 1918 referierte sie zwei Aufsätze eines britischen Generals über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs und schilderte die Beurteilung dieser Frage in der englischen Öffentlichkeit. Der Artikel des Schweizer

71 Thimme: *Flucht in den Mythos*, 1969, (wie Anm. 57), hier 69.

72 Klaus Hildebrand: *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1995, hier 397.

73 Barth: *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration*, 2003, (wie Anm. 34), hier 215.

74 Zit. nach: Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß“-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 132.

75 Vgl. Barth: *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration*, 2003, (wie Anm. 34), hier 217.

Korrespondenten kam zu dem Schluss: „Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefasst werden: sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.“⁷⁶ Das war für deutsche Leser kein neuer Gedanke, aber er klang als angebliches Urteil aus dem Mund der Kriegsgegner besonders glaubwürdig, und viele ähnlich Denkende fühlten sich dadurch bestärkt. Feldmarschall von Mackensens Anmerkung, diese Feststellung sei ihm „leider aus der Seele gesprochen“ war gewiss kein Einzelfall.

Die Dolchstoßthese wurde in den verschiedenen Variationen, die nach und nach aufkamen, zentraler Bestandteil der Kampfideologie der extremen Rechten, sie war aber weit über den Kreis der kompromisslosen Gegner der Republik hinaus attraktiv, denn sie kam, wie Eberhard Kolb resümierte, „einem im bürgerlich konservativen Deutschland weit verbreiteten Bedürfnis entgegen, sich durch Selbsttäuschung den Konsequenzen der Katastrophe von 1918 zu entziehen, und sie konnte manchem politisch Uninformierten und Kurzsichtigen plausibel erscheinen, denn beim Abschluß des Waffenstillstandes standen die deutschen Truppen noch tief in Feindesland“.⁷⁷

Selbst für politisch offenere und gut informierte militärische Führer erschien die These vom Dolchstoß in ihrer weicheren Variante durchaus plausibel. Der damalige Major im Generalstab Ludwig Beck schrieb am 28. November 1918 in einem Brief: „Im schwersten Augenblick des Krieges ist uns die – wie ich jetzt keinen Moment mehr zweifle – von langer Hand vorbereitete Revolution in den Rücken gefallen.“ Auch bei nüchterner Beurteilung der militärischen Lage war Beck der Überzeugung, dass ohne Revolution bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand hätten erreicht werden können, wenn auch ein Sieg nicht mehr denkbar gewesen sei. „Aber eines hätten wir noch gekonnt, bei voller Mitarbeit der Heimat: uns auf einer kürzeren Linie – sei es Antwerpen-Metz oder Lüttich-Metz – erneut zum entscheidenden Widerstand stellen und erneut unseren Gegner vor die Wahl stellen, ob er gleich Frieden machen wollte oder den Krieg noch bis 1919 verlängern.“⁷⁸

Es war von weit reichender psychologischer Bedeutung, dass der Krieg ohne die üblichen Begleiterscheinungen einer militärischen Katastrophe verloren wurde. Das Überlegenheitsgefühl gegenüber jedem der Gegner blieb erhalten. Dies galt jedenfalls für einen großen Teil des Offizierskorps und auch für die nationalen Kreise in der Heimat. In einer nicht veröffentlichten Aufzeichnung vom 1. Juni 1922 hielt General Groener über die Haltung der führenden Offiziere im Krieg fest: „Die meisten Generale ... erkannten nicht die wahre strategische Lage, sie blieben hängen mit

76 Zit. nach: Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 127.

77 Eberhard Kolb: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 49), Köln 1972, S. 9–32, hier 12.

78 Zit. nach: Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 126.

ihren Gedanken an den schönen Erfolgen auf den Kampffeldern, die ihre Truppen errungen hatten. [...] So kam es, dass noch am 11. November die Einsicht bei vielen Generalen nicht vorhanden war, welche Folgen für das Heer und für die Heimat mit einer Fortsetzung des Widerstandes verbunden gewesen wären. Es kam ihnen nicht zum Bewusstsein, dass eine Ablehnung des Waffenstillstandes innerhalb ganz kurzer Zeit zu der größten Niederlage der Weltgeschichte geführt hätte und zwar zu einer rein militärischen Katastrophe in dem Raume zwischen Mosel, Rhein und der belgischen Grenze.“⁷⁹

Hiller von Gaertringen kam 1963 im Rahmen seiner Beschäftigung mit der Dolchstoßthese zu der Überzeugung: „Es gab viele Menschen – ihre Zahl ist natürlich schwer genau zu bestimmen –, die den November 1918 in einer Weise erlebt hatten, dass ihnen die Charakterisierung der Revolution als ‚Dolchstoß‘ ‚aus der Seele gesprochen‘ war; mit solchem Erlebnis verbunden konnten viele die ‚Dolchstoß‘-These guten Glaubens vertreten und übernehmen. Dadurch wird unseres Erachtens die starke Wirkung der Legende besser erklärt als durch die verbreitete Vorstellung, es handele sich bei ihr allein um eine Erfindung politischer Spitzbuben.“⁸⁰

Schon im Frühjahr 1919 hatte sich innerhalb der politischen Rechten und des nationalen Bürgertums die Vorstellung verbreitet und verfestigt, die Revolution sei ein Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres gewesen. Dies veränderte, wie Ernst Troeltsch in seinen Spektatorbriefen feststellte, die gesamte politische Stimmung entscheidend: „Man schafft eine Legende, wonach Ludendorff das Reich noch habe retten können und wollen, aber die Revolution seine Absichten durchkreuzt und die internationale Sozialdemokratie dem Reiche den Genickfang mit Freuden gegeben habe. Alles Elend komme von der Revolution, die keine nationale Gesinnung und Moral habe und die sich der charakterlosen jüdischen Demokratie an den Hals werfe. Daß das alles Widersinn, Unwahrheit oder gar offenkundige Lüge ist, kümmert die Leute nicht.“⁸¹ Bereits für das Frühjahr 1919 finden sich auch innerhalb des nationalen Protestantismus zahlreiche Beispiele dafür, dass die Dolchstoßthese mit großer Vehemenz und selbst bei offiziellen Anlässen vertreten wurde. Otto Dibelius, der 1933 Hitlers Ernennung zum Reichskanzler begrüßen sollte und erst später den Weg in die Bekennende Kirche fand, predigte am 11. Mai 1919 in Berlin: „Ein Volk, das seinem eigenen Heere den Dolch in den Rücken gestoßen hat, ein Volk, das seine Brüder und Schwestern preisgegeben hat, um den Fremden in leichtsinnigem Vertrauen die Friedenshand hinstrecken, ein Volk, das seine furchtbare Niederlage mit Streiks und Tanzvergnügen feiert [...] ein solches Volk hat ein hartes

⁷⁹ Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 219.

⁸⁰ Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 139.

⁸¹ Ernst Troeltsch: Links und Rechts. 20.2.1919, in: Ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922 (Die andere Bibliothek 109), Frankfurt am Main 1994, S. 21–27, hier 25.

Gericht verdient von den Händen des gerechten Gottes.“ Noch 1927 schrieb Dibelius, dass „Mächte der Finsternis“ die Revolution verursacht hätten.⁸²

Teile der Kirchenobrigkeit standen der DNVP sehr nahe. Besonders der Theologe Gottfried Traub verkörperte diese enge Verbindung. Traub hatte früher der Deutschen Fortschrittspartei angehört, war dann 1917 zur Deutschen Vaterlandspartei gewechselt. Im November 1918 hatte er sich an der Gründung der DNVP beteiligt und war in deren Vorstand gewählt worden. Traub hielt beim ersten Parteitag der DNVP am 12. Juli 1919 eine kämpferische Rede, die mit minutenlangem stürmischem Beifall bedacht wurde. Er zog darin eine Bilanz von Krieg und Revolution, in der er den Dolchstoß der Revolution für die Niederlage verantwortlich machte. Nur die Revolution habe „uns“ den Waffenstillstand und damit Versailles beschert.⁸³

Gottfried Traubs Zugehörigkeit zum radikal-völkischen Flügel der DNVP hielt im Übrigen die DVP nicht von einer Zusammenarbeit mit ihm ab. Am 31. März 1919, dem Vorabend von Bismarcks Geburtstag, fand in der Weimarer Herderkirche eine vaterländische Gedenkfeier statt, bei der Gottfried Traub und Gustav Stresemann sprachen. Abschließend stimmte der Gesangsverein „Arion“ eine – wie es hieß – „zeitgemäße“ Version des Deutschlandliedes an:

„Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!
 Deutschland, durch Verrat und Lüge, nicht durch Feindes Kraft gefällt!
 Von der Maas bis an die Memel einst dem Kaiser treu und Gott!
 Liegst Du wehrlos jetzt und ehrlos jedem Gegner leicht zu Spott. ...
 Einigkeit und Recht und Freiheit, deutschen Glückes Unterpfund.
 Flohen vor Verrat und Lüge trauernd aus dem deutschen Land!
 Einigkeit und Recht und Freiheit kehren nimmer dir zurück,
 eh du nicht den Wurm zertreten, der zernagt dir Ehr und Glück!“⁸⁴

Gottfried Traub war zum Zeitpunkt dieser Gedenkfeier Mitglied der Weimarer Nationalversammlung. Während des Kapp-Putsches 1920 wurde er für einige Tage Kultusminister der Putschistenregierung, floh nach dem Scheitern des Putsches nach Österreich, kam aber bereits Ende 1920 aufgrund des Amnestiegesetzes nach Deutschland zurück und wurde Chefredakteur der „München-Augsburger Abendzeitung“, die zum Konzern von Alfred Hugenberg gehörte.

Die Metaphern dieser „zeitgemäßen“ Version des Deutschlandliedes waren geradezu eine Aufforderung zum harten Durchgreifen gegen den „Wurm“, der nationale Protestantismus gab offenbar dem Feldzug gegen die Revolutionäre seinen Segen. Die blutigsten Kämpfe mit der größten Zahl von Toten fanden jedenfalls im späten Frühjahr 1919 statt, als Reichswehr und Freikorps gegen Streikende und Aufständi-

⁸² Zit. nach: Joachim Petzold: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963, hier 58.

⁸³ Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 348.

⁸⁴ Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 220.

sche im Ruhrgebiet, im mitteldeutschen Industrieviertel, in Berlin und in München vorgingen. Boris Barth nannte als Erklärung für die „Orgie von Gewalt“, mit der die Reichswehr im Ruhrgebiet operierte: „Die Freikorps-Soldateska sah sich hier in subjektiver Perspektive dem ‚inneren Feind‘, der für die Niederlage im Weltkrieg ursächlich verantwortlich gemacht wurde, zum ersten Mal direkt gegenüber.“⁸⁵

Anfang Mai 1919 lösten die Friedensbedingungen eine neue Welle der Empörung und der Erörterungen aus. Ernst Troeltsch notierte am 23. Mai, die ganze Legende käme wieder hoch, „dass nur die Flaumacher in der Heimat, die Juden und die Sozialdemokraten dem stolzen Heere das Rückgrat gebrochen hätten“.⁸⁶ In den Wochen bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages erschien das Wort „Dolchstoß“ nun häufig, angesichts der drohenden Friedensbedingungen suchte die national orientierte Öffentlichkeit Schuldige und Sündenböcke.

Bei der massiven Verbreitung der Dolchstoßlegende spielte insbesondere die Schrift des Obersten Max Bauer „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen?“ eine bedeutsame Rolle. Sie war in militärischen Kreisen schnell bekannt geworden. Bauer vertrat die Dolchstoßthese in einer ganzen Reihe von Publikationen besonders zugespitzt. Ihm ging es darum aufzeigen, dass Deutschland den Krieg hätte gewinnen können, aber dann doch der Schwäche seiner Regierung und dem verbrecherischen Treiben des Radikalismus erlegen sei. Bauers Darstellung war geprägt von massivem Antisemitismus. Es seien sozialistische Juden gewesen, die die Arbeiter zum Klassenhass angestachelt hätten. Phantasten, Narren und zielbewusste Verbrecher vor allem aus dem Judentum hätten die Revolution seit 1916 vorbereitet. In den Soldatenräten sah er Juden am Werk, die sich vor dem Frontdienst gedrückt und persönlich bereichert hätten.⁸⁷

Gegen offensichtlich aus der Luft gegriffene und unwahre Behauptungen bezog Hans Delbrück Stellung. Darauf verlangte Bauer von der Philosophischen Fakultät Berlin, deren Ehrendoktor er seit 1915 war, eine Untersuchung, weil er sich in seiner Ehre gekränkt fühlte. Ein Ergebnis hat diese Untersuchung nicht erbracht, aber doch mit dazu beigetragen, Demokraten und Republikaner in die Defensive zu bringen. Bauers Publikationen trugen erheblich zur direkten und mittelbaren Beeinflussung der öffentlichen Meinung bei, waren ein wichtiger Faktor im Zusammenwirken innerhalb eines sich bildenden Netzwerks von Informations- und Desinformationsstrukturen. Weil ähnliche Äußerungen von vielen aus durchaus unterschiedlichen Milieus kamen, stützten sie wechselseitig ihre Glaubwürdigkeit.

85 Ebenda, 287.

86 Ernst Troeltsch: Die Aufnahme der Friedensbedingungen 23.5.1919, in: Ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922 (Die andere Bibliothek 109), Frankfurt am Main 1994, S. 43–47, hier 44.

87 Vgl. Oberst Max Bauer: Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Drei Fragen, Berlin 1919; Oberst Max Bauer: Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen, Tübingen 1921.

Die Debatte über die Dolchstoßthese prägte jahrelang die politischen Auseinandersetzungen. Sie war – neben der Kriegsschuldfrage – die innenpolitische Streitfrage schlechthin, auch der Streit über die Charakterisierung der Revolution 1918/19 verlief in der Weimarer Republik maßgeblich entlang dieser Frage. Der junge Student Gustav Heinemann warf Ende 1919 in seinem Tagebuch die Frage auf: „Wird sich das deutsche Volk jemals über Ursprung, Einfluß u. Bedeutung der Revolution von 1918 klar u. einig werden? Heute scheint es noch nicht so! Furchtbar platzen die Meinungen aufeinander. Der alte Gegensatz: Die Heimat fiel der Front in den Rücken, wir konnten den Krieg nicht militärisch gewinnen – oder: wir waren zu schwach gegen die Übermacht wir hätten Gelegenheiten zur Verständigung benutzen sollen, wird hundertfach variiert immer wieder Kernpunkt des Streites. Ich hätte nicht übel Lust eine Geschichte des Neuen Deutschlands zu schreiben um meinerseits zur Überbrückung dieser Gegensätze beizutragen. Aber dazu bedarf es gründlicher Vorarbeit und Zeit! Vielleicht doch einmal!?!“⁸⁸

Stimmen, die für ein Ende der Auseinandersetzungen über die Dolchstoßthese plädierten, hatten in den frühen Jahren der Republik keine Chance. Auch dann nicht, wenn sie aus industrienahen Kreisen kamen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, beispielsweise, sprach sich zum dritten Jahrestag der Novemberrevolution – ohne jeden Erfolg – für ein schnelles Ende des Streits aus: „Die Frage, ob das Wort von dem Dolchstoß von hinten den Tatsachen entspricht oder nicht, [...] führt uns jetzt nicht weiter. Daß die andere Frage: wer die Schuld an unserm Unglück trägt, bei uns in der Weise erörtert wurde, wie es geschehen ist, hat unser Unglück nur noch schwerer gemacht, denn diese Erörterung hat zu der tiefen inneren Zerrissenheit geführt, an der wir kranken.“⁸⁹

Über viele Jahre beschäftigte die Dolchstoßthese auch die Nationalversammlung bzw. den Reichstag. In seiner Regierungserklärung bezeichnete Philipp Scheidemann am 13. Februar 1919 die Niederlage im Weltkrieg als unvermeidbar. Die Antwort der rechtsorientierten Presse war eine regelrechte Kampagne, in der die Revolution für den militärischen Zusammenbruch verantwortlich gemacht wurde. Ludendorff nutzte die Gelegenheit, in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten alle Verantwortung für das Waffenstillstandsgesuch vom 4. Oktober 1918 und für den „Frieden des Bankrotts“ von sich zu weisen und die politische Reichsleitung unter Max v. Baden zu belasten.⁹⁰ Scheidemann forderte daraufhin im Kabinett am 26. März 1919 die

88 Gustav Heinemann: Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919–1922, München 1980, hier 35.

89 Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 521 (11.11.1921), zit. nach: Klaus Megerle: Aus dem Gefühl der Defensive erwächst keine Führung. Gesellschaftliche Elitegruppen am Beispiel der Industriellen, in: Detlef Lehnert, Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 207–230, hier 224.

90 Zit. nach: Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1983, hier 23.

Bildung eines Staatsgerichtshofes, „um die Herren zu fassen [...], die derart die Schuld der Vergangenheit auf eine neue Gegenwart übertragen wollen.“ Nach einer umfangreichen Diskussion konstituierte der Reichstag schließlich am 20. August 1919 eine Enquête-Kommission, die sich als Parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit der Schuld am Krieg, seiner Verlängerung und der Niederlage beschäftigen sollte. Dieser 15. Untersuchungsausschuss bildete vier Unterausschüsse. Der vierte Unterausschuss widmete sich speziell den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs, untersuchte also insbesondere die Dolchstoßthese.⁹¹

Bearbeiter dieses Unterausschusses waren General Hermann v. Kuhl, Oberst Bernhard Schwertfeger, Prof. Hans Delbrück, Dr. Ludwig Herz sowie Simon Katzenstein. Der vierte Unterausschuss tagte mit Unterbrechungen und Neubildungen bis 1929, fast während des ganzen Zeitraums der Weimarer Republik. Seine offizielle Aufgabe war es nach einigen Änderungen seiner Geschäftsgrundlage schließlich, die Verantwortlichkeit für die deutsche Niederlage im Weltkrieg zu prüfen und Tatsachen (nicht Urteile!) über den Schuldanteil bestimmter Personen oder Personengruppen festzustellen. Natürlich diente der Ausschuss auch dem Zweck, den bereits voll entbrannten Streit um die Dolchstoßthese durch die geregelte Auseinandersetzung im Ausschuss zu versachlichen und zu entpolitisieren. „Die übersteigerte These, die selbst nur ein Ergebnis politischer Propaganda war – die Behauptung, die Revolution habe einen Sieg vereitelt, die revolutionäre Agitation allein habe den Zusammenbruch verursacht – wurde allerdings nicht ernsthaft vorgebracht. Der eigentliche Gegenstand der Diskussion war die schwächere These, [...] die Revolution habe ein Weiterkämpfen für erträgliche Waffenstillstands- und Friedensbedingungen unmöglich gemacht, Agitation und Streiks hätten erheblich zum Absinken der Kampfkraft beigetragen. Für sie wurden die Fragen präzisiert und ein großer Teil des damals verfügbaren Materials aufgearbeitet.“⁹²

An der Arbeit des Untersuchungsausschusses waren Abgeordnete fast aller Parteien beteiligt. Auch die Sachverständigen repräsentierten verschiedene politische Richtungen. Häufig vertraten und verteidigten sie ihre eigene Anschauung und Handlungsweise während des Krieges. Einige hatten während des Krieges bedeutenden militärischen oder politischen Einfluss, etwa General Hermann v. Kuhl, der als Generalstabschef der Heeresgruppe Kronprinz v. Bayern zu den engsten Mitarbeitern Ludendorffs gehörte, oder Vizeadmiral Adolf v. Trotha, der als Chef des Stabes der Hochseeflotte unmittelbar für das im Oktober geplante Auslaufen der Hochseeflotte verantwortlich war, oder auch Prof. Hans Delbrück, der bei den innenpolitischen Auseinandersetzungen eine große Rolle gespielt hatte. Bereits in den Gutachten traten

⁹¹ Ebenda, 23f.

⁹² Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 149.

so die politischen Gegensätze mit aller Schärfe in Erscheinung und in den Sitzungen wurde heftig gestritten.⁹³

Einen ersten Höhepunkt stellte die Aussage Hindenburgs und Ludendorffs vor dem Untersuchungsausschuss am 18. November 1919 dar. Der Auftritt der Generäle wurde sorgfältig inszeniert. Sie erhielten einen Sonderzug, die Reichswehr schickte eine Ehrenwache zum Bahnhof und stellte Hindenburg zwei Adjutanten zur Verfügung. Die Plätze im Sitzungssaal waren größtenteils an die vaterländische Prominenz und an die Presse vergeben worden. Hindenburgs Platz war mit weißen Chrysanthen und einem schwarz-weiß-roten Band geschmückt.⁹⁴ Hindenburg und Ludendorff verlasen eine vorbereitete Erklärung. Auf Einsprüche des Ausschussvorsitzenden Georg Gothein (DDP) und Zwischenrufe gingen sie nicht ein. Hindenburg legte einem ungenannten englischen General die Worte in den Mund, die deutsche Armee sei von hinten erdolcht worden. Flotte und Heer seien planmäßig zersetzt worden. „So mussten unsere Operationen misslingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein.“⁹⁵ Die Bedeutung dieses inszenierten Auftritts kann kaum überschätzt werden. Die nationale Rechte sah sich angesichts eines Generalfeldmarschalls, der wie ein Ankläger auftrat, im Aufwind. Hindenburg verlieh der Dolchstoßthese aufgrund seiner Popularität und vermeintlichen Glaubwürdigkeit einen hohen Grad an Seriosität. Troeltsch kommentierte diesen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss in seinem Spektatorbrief vom 19. Dezember 1919: „Die große historische Legende, auf der die ganze Reaktion beruht, dass eine siegreiche Armee meuchlings und rüchlings von den vaterlandslosen Gesellen der Heimat erdolcht worden sei, ist damit zum Dogma und zur Fahne der Unzufriedenen geworden“.⁹⁶

1920 erscheinen die im Herbst 1919 verfassten Erinnerungen Hindenburgs. Darin wählte er das geläufige mythologische Bild: „Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmigen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front; vergeblich hatte sie versucht, aus dem versiegenden Quell der heimatlichen Kraft neues Leben zu trinken“.⁹⁷ Auch im Zusammenhang mit dem Hindenburg-Kult der frühen Zwanzigerjahre – der Generalfeldmarschall wurde mit Hannibal und Napoleon verglichen und als der große Sieger des Weltkriegs dargestellt – wurde immer wieder betont, die Revolution habe den Deutschen die Waffen aus der Hand geschlagen. Das 1922

93 Petzold: Die Dolchstoßlegende, 1963, (wie Anm. 82), hier 99.

94 Heinemann: Die verdrängte Niederlage, 1983, (wie Anm. 90), hier 162f.

95 Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier S. 337.

96 Ernst Troeltsch: Die Welle von rechts 19.12.1919, in: Ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922 (Die andere Bibliothek 109), Frankfurt am Main 1994, S. 99–106, hier 103.

97 Paul v. Hindenburg: Aus meinem Leben, Leipzig 1920, hier 403.

erstmalig erschienene prunkvoll aufgemachte Buch „Hindenburg-Denkmal für das deutsche Volk“ erreichte bis 1926 eine Auflage von 110.000 Exemplaren.⁹⁸

Auch der ehemalige Kaiser verbreitete in seinen 1922 erschienenen Erinnerungen die Dolchstoßthese. Die Armee sei sein Stolz gewesen, erklärte Wilhelm II., er habe für sie gelebt und an ihr gearbeitet. „Und nun nach über vier glänzenden Kriegsjahren mit unerhörten Siegen mußte sie unter dem von hinten gegen sie geführten Dolchstoß der Revolutionäre zusammenbrechen, gerade in dem Augenblick, als der Friede in Greifnähe stand!“⁹⁹

Völlig unabhängig von der Tätigkeit des vierten Unterausschusses kam es im Reichstag immer wieder zu scharfen Auseinandersetzungen über die Dolchstoßthese, etwa am 29. Oktober 1919 im Zusammenhang mit der Beratung des Heeresetats. Unter Berufung auf den englischen General Maurice vertrat der DNVP-Abgeordnete Graefe die Dolchstoßthese und machte die Sozialdemokraten für die Niederlage im Krieg verantwortlich. Scharfe Gegenangriffe waren die Folge, was wiederum heftige Proteste der Rechten auslöste.¹⁰⁰ Am 6. Juli 1922 beschuldigte der Abgeordnete Pfarrer Hensel aus Ostpreußen, ebenfalls Mitglied der DNVP, die Sozialdemokraten, dem „tapferen Heer in den Rücken gefallen“ zu sein. Die Sitzung musste abgebrochen werden, weil die erregte Linke Hensel nicht mehr zu Wort kommen ließ. Als er am folgenden Tag seine Rede fortsetzte, verließen zahlreiche Abgeordnete der Linken den Saal. Der DDP-Abgeordnete Goetz trat der Dolchstoßthese in sachlicher Erwiderung entgegen und betonte, in Deutschland und im Reichstag bestehe eine Mehrheit, die sich den Vorwurf des Dolchstoßes nicht gefallen lasse. Aber solche sachlichen Widerlegungen vor dem Forum des Reichstages zeigten bei den Völkischen in der DNVP keinerlei Wirkung.¹⁰¹ Jahrelang gehörte es zum politischen Ritual in den deutschen Parlamenten, für oder gegen die verschiedenen Versionen der Dolchstoßthese und der Schuld am Krieg Stellung zu nehmen.¹⁰²

Unter diesen Umständen hatte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss bereits enorme Mühe sich auch nur über seinen Untersuchungsgegenstand zu verständigen. Der Begriff „Dolchstoß“ wurde in den unterschiedlichsten Varianten mit den verschiedensten Zeithorizonten verwendet. Hatte man scheinbar eine Verständigung darüber gefunden, dass der Krieg im Spätsommer 1918 bereits militärisch verloren war, ergaben sich fast unmittelbar weitere Fragen, etwa, ob man ohne Revolution nicht wenigstens einen besseren Waffenstillstand und Frieden bekommen hätte, oder ob nicht der Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 oder die Friedensinitiative

⁹⁸ Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 320.

⁹⁹ Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, 1922, (wie Anm. 41), hier 245.

¹⁰⁰ Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 325.

¹⁰¹ Ebenda, 371f.

¹⁰² Ebenda, 517.

der Reichstagsmehrheit 1917 den Durchhaltewillen entscheidend geschwächt haben könnten.

Alles in allem war der Untersuchungsausschuss des Reichstages über den Weltkrieg ein aufwändiger Versuch, eine Versachlichung des Streits und vielleicht sogar eine Verständigung zwischen den politischen Lagern zu erreichen. In jahrelanger Arbeit bewältigte der Ausschuss ein enormes Arbeitspensum und sammelte umfangreiche Materialien, die bis heute wertvolle Quellen sind. In den Debatten war trotz extrem unterschiedlicher Meinungen ein Bemühen um Versachlichung erkennbar, und der eine oder andere Beteiligte modifizierte seine Position in einzelnen Fragen, weil die Ausschussarbeit dazu zwang, sich mit den Argumenten der jeweiligen Gegenseite auseinander zu setzen. Allerdings erschwerten parteipolitische Vorgaben, aktuelle politische Ereignisse und taktische Erwägungen die Analyse. Insbesondere blieb ein nicht auflösbarer Widerspruch zwischen dem Bestreben, die historischen Ereignisse möglichst exakt zu beschreiben, und der nationalen Interessenlage, wie sie die Ausschussmitglieder empfanden. Selbst ein Pazifist wie der Liberale und Völkerrechtler Walther Schücking sah die Aufgabe des Ausschusses darin, unberechtigte Vorwürfe der Sieger abzuwehren. In keiner entscheidenden Frage konnte der Ausschuss Einigkeit erreichen. Strittig blieb insbesondere, ob die Gegner ihre Waffenstillstandsbedingungen gelockert hätten, wenn das deutsche Volk sich zum letzten Widerstand entschlossen hätte, und ob die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages durch politischen Widerstand hätten günstiger für Deutschland gestaltet werden können.

Unabhängig vom unbestrittenen hohen Quellenwert der Ausschussmaterialien gab es unter Fachhistorikern differierende Beurteilungen der politischen Wirksamkeit des Ausschusses. Während Hiller v. Gaertringen in den Sechzigerjahren die Meinung vertrat, dass sich die Ergebnisse der Ausschussverhandlungen „mäßigend“ auf die einschlägige innenpolitische Agitation der deutschnationalen, völkischen und nationalsozialistischen Rechten ausgewirkt haben, äußerte Ulrich Heinemann in den Achtzigern erhebliche Zweifel gegenüber dieser Position: „Nur wenige Zeitgenossen nahmen überhaupt Notiz von den Entschlüssen des 4. UA. [...] Wenn dennoch in den Jahren nach 1924 die Dolchstoßthese der nationalistischen Rechten an Propagandawirkung verlor, so dürfte dies kaum als ein Erfolg der parlamentarischen Untersuchung gewertet werden können; vielmehr spiegelt sich hier die Konsolidierung und Stabilisierung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse wider. Stärker noch als die Ergebnisse des 4. UA dürften auch die mannigfachen Abwiegungsbemühungen amtlicher Stellen sowie die betonte Zurückhaltung einiger rechter Verbände zu einer vorübergehenden Entschärfung der Auseinandersetzungen um den Weltkriegsausgang beigetragen haben. Die historische Forschung hat bislang übersehen, daß gerade der unter amtlichen Auspizien arbeitende und in konservativen Kreisen durchaus nicht einflußlose ‚Arbeitsausschuß Deutscher Verbände‘ um der Einbeziehung der Arbeiterschaft in eine ‚innenpolitische Einheitsfront gegen Versailles‘ willen lange Zeit darum bemüht gewesen ist, Dolchstoßattacken seiner nationalen Mitgliedsver-

bände zu unterbinden oder wo das nicht möglich erschien, diese in ihrer Bedeutung herunterzuspielen.“¹⁰³

Die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt im Verein mit gouvernementalen Konservativen wie Reichsinnenminister Martin Schiele versuchten insbesondere, den Münchener „Dolchstoßprozess“ zu verhindern, der auf eine Veröffentlichung der „Süddeutschen Monatshefte“ zurückging. Ihr Herausgeber Paul Nicolaus Coßmann hatte den Kampf gegen die Revolution und gegen die „Kriegsschuldlüge“ in den Mittelpunkt seiner publizistischen Tätigkeit gestellt. 1924 versuchte er mit reißerisch aufgemachten Heften zum Dolchstoß gezielt Einfluss auf das Ergebnis der Reichstagswahlen zu nehmen. Die Aprilnummer der „Süddeutschen Monatshefte“ erschien mit der Schlagzeile „Der Dolchstoß“ und zeigte auf dem Titel einen am Boden liegenden erdolchten Soldaten. Um noch genügend Wirkung vor dem Wahltermin am 4. Mai 1924 entfalten zu können, erschien auch das Maiheft bereits im April.

Die meist von ehemaligen Offizieren verfassten Artikel behaupteten, die Vorbereitungen für den Dolchstoß hätten bereits vor Kriegsausbruch begonnen. Die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht im Dezember 1914 sei der erste Akt des Dolchstoßes gewesen. Dass die Sozialdemokratie bewusst einen Dolchstoß gegen das deutsche Heer geführt habe, wurde mit einem verfälschend aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat aus dem „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918 „belegt“: „Deutschland soll – das ist unser fester Wille als Sozialisten – seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.“¹⁰⁴

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ bezog Position gegen diese Verfälschung. Ihr Chefredakteur Martin Gruber warf Coßmann „politische Brunnenvergiftung schlimmster Art“ vor. Die „Münchener Post“ präsentierte umfangreiche Materialien, aus denen hervorging, dass der Zusammenbruch der Verbündeten und die Panik der OHL verantwortlich für das Waffenstillstandsgesuch waren. Von einem Dolchstoß könne keine Rede sein.¹⁰⁵

Schon am siebten Prozesstag modifizierte Coßmann seine Position. Sein Anwalt verbreitete eine Erklärung, nach der die „Süddeutschen Monatshefte“ keineswegs die vaterländische Haltung der MSPD in Zweifel ziehen wollten, sondern lediglich die der USPD. Angesichts der Tatsache, dass inzwischen die SPD mit einem Teil der früheren USPD verschmolzen war, konnte Gruber sich damit aber kaum zufrieden geben. In der Folge wurde allerdings der Vorwurf des Dolchstoßes nur noch gegenüber der USPD erhoben und auch nur noch als eine von mehreren Ursachen für den Zusammenbruch bezeichnet. Die sozialdemokratische Seite um Martin Gruber präsentierte sich während des Prozesses ausgesprochen vaterländisch. Die Politik des „Burgfriedens“ und der nationalen Einheitsfront wurde zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Grubers

103 Heinemann: Die verdrängte Niederlage, 1983, (wie Anm. 90), hier 190f.

104 Vorwärts (20.10.1918).

105 Martin Gruber, in: Münchener Post Nr. 97 (25.4.1924), Nr. 98 (26./27.4.1924), Nr. 99 (28.4.1924), Nr. 100 (29.4.1924), Nr. 102 (3./4.5.1924), Nr. 105 (6.5.1924).

Verteidiger Dr. Hirschberg betonte bereits in seinem Eröffnungsplädoyer, dass die sozialdemokratischen Führer während des gesamten Krieges konsequent daran festgehalten hätten. Erst im letzten Moment hätten sie die unaufhaltsame Bewegung hin zur Revolution in die Hand genommen, um Chaos zu verhüten.¹⁰⁶

Diese Position wurde durch eine Fülle von Zeugenaussagen untermauert. Andererseits machten die Aussagen zahlreicher Zeugen aus dem rechten Lager deutlich, dass die Dolchstoßthese längst zur Glaubensfrage und zum politischen Kampfmittel geworden war und dass kein Interesse an einer rationalen Auseinandersetzung bestand. Keine Einigung konnte in der entscheidenden Frage erzielt werden, welche Bedeutung der Revolution für die Niederlage zukam. Groener äußerte die Überzeugung, es wäre möglich gewesen, hinter der Maas oder Rhein erneut eine Front zu bilden und den Waffenstillstand in der vorgelegten Form abzulehnen. Andere Zeugen der politischen Rechten betonten, die Revolution sei der Dolchstoß gewesen, der die Möglichkeit weiteren Widerstandes genommen habe, während national-liberale Sachverständige wie Hans Delbrück vor allem die Politik der OHL und namentlich Ludendorffs verantwortlich für die Niederlage machten. Es sei keinesfalls beweisbar, dass ohne Revolution bessere Friedensbedingungen hätten erreicht werden können, es sei allerdings auch nicht auszuschließen.

Das Urteil fiel zwiespältig aus. Martin Gruber wurde zwar wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt, aber in der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, die Darstellungen in den „Süddeutschen Monatsheften“ seien teils richtig, teils unrichtig gewesen. Die Ereignisse des Weltkrieges lägen noch nicht lange genug zurück, und viele Unterlagen seien noch nicht verfügbar. Von einer bewussten Geschichtsfälschung durch Coßmann könne nicht die Rede sein. Die SPD verbuchte das Urteil als Erfolg – der Prozess hatte die staatstragende und nationale Haltung der MSPD deutlich herausgestellt. In den politischen Auseinandersetzungen aber fühlte sich vor allem die Rechte durch das Urteil gestärkt und verbreitete diejenigen Sachverständigenaussagen, die ihr Weltbild stützten.¹⁰⁷

Der Münchener Dolchstoßprozess zeigte, dass die SPD mit Hilfe der Dolchstoßthese völlig in die Defensive gedrängt worden war. Ihr Bestreben war inzwischen in erster Linie darauf gerichtet, die Revolution von 1918/19 als einen bloßen Zusammenbruch zu interpretieren. Die Bedeutung der Massenstreiks in den letzten Kriegsjahren wurde möglichst gering veranschlagt. Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Führung, einen Verständigungsfrieden und eine Parlamentarisierung des Reiches herbeizuführen, wurden allenfalls halbherzig zugestanden. Intensiv war man darauf aus, die nationale Rechte davon zu überzeugen, dass die SPD während des gesamten Krieges rückhaltlos auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und jede Schwächung

106 Vgl. Ewald Beckmann: Der Dolchstoßprozeß in München vom 19. Oktober bis 20. November 1925. Verhandlungsberichte und Stimmungsbilder, München 1925, hier 13f, 28.

107 Ebenda, 118f, 121.

der kämpfenden Truppe vermieden habe. Indem die SPD primär bestrebt war, die Unterstellungen und Vorwürfe zurückzuweisen, übernahm sie – bewusst oder unbewusst – die Beurteilungsmaßstäbe der politischen Rechten. Der Kern der Burgfriedenspolitik – es gibt nationale Interessen, die Vorrang vor Klasseninteressen haben – wurde grundsätzlich als Leitlinie der SPD-Politik in der Weimarer Zeit aufrechterhalten.

Nachdem es im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen zum Reichstag 1924 über die „Süddeutschen Monatshefte“ hinaus zu einer regelrechten Kampagne mit zahlreichen Schriften aus kleinen, zum Teil obskuren Verlagen gekommen war, hatte Eduard Bernstein in einem Brief an Karl Kautsky am 26. Juli 1924 eine sozialdemokratische Offensive gegen dieses Trommelfeuer der Rechtsparteien gefordert. Der Staatsstreich der Nationalisten sei irgendwann unabwendbar und dann werde ein Terrorismus kommen, den sich die meisten nicht träumen ließen. Kapp sei ein Doktrinär gewesen, dann aber kämen skrupellose und brutale Schurken nach oben.¹⁰⁸

In der Tat spielte die Dolchstoßthese auch in der nationalsozialistischen Propaganda eine zentrale Rolle. Die Dolchstoßthese und das „in seiner Vieldeutigkeit geeignetere Schlagwort ‚Novemberverbrecher‘ [gaben] in der Propaganda der NSDAP vor 1933 die Antwort auf die Frage nach dem Ursprung des deutschen Elends – nicht selten mit dem ‚Im Felde unbesiegt‘ verbunden zu einer Behauptung, die selbst Ludendorff, Bauer und Graefe nicht aufgestellt hatten: im November 1918 sei der ‚Sieg zum Greifen nahe gewesen‘.“¹⁰⁹ Alfred Rosenberg veröffentlichte 1926 eine Broschüre über „Dolchstoß-Dokumente“, in der es hieß: „Wir können die Ursachen unseres heutigen Elends aber nur begreifen, wenn wir wissen, dass die Propaganda der Entente stets in der gleichen Richtung verlief wie die Propaganda der Demokratie und des Marxismus in Deutschland. Daraus folgt, dass Deutschlands Sklaverei nicht früher enden wird, als bis diese beiden deutschfeindlichen Mächte mit ihren bewußten und unbewußten Handlangern niedergerungen sind. [...] Diese Sklaverei haben wir alle dem Dolchstoß in den Rücken des deutschen Volkes zu verdanken. Der Dolchstoß aber wurde gemeinsam geführt von der Entente, dem Judentum und dem Marxismus.“¹¹⁰ Selbst die Kampfhandlungen der Kriegsgegner wurden von Rosenberg also unter die Dolchstoßthese subsumiert. Vornehmlich die Dolchstoßlegende, meinte der Historiker Fritz Ernst 1958, habe den Nationalsozialisten „Macht über die Seelen“ gegeben.¹¹¹ Ähnlich bedeutsam schätzte der DDR-Historiker Joachim Petzold 1963 ihre Bedeutung ein: „Sie

108 Vgl. Heinrich August Winkler: Eduard Bernstein und die Weimarer Republik, in: Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Bonn 1998, S. 7–24, hier 22.

109 Gaertringen: „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, 1963, (wie Anm. 58), hier 142.

110 Alfred Rosenberg: Dolchstoß-Dokumente. Zeugnisse der Vorbereitung zur Revolte am 9. November 1918, München 1926, hier 3, 47, zit. nach: Petzold: Die Dolchstoßlegende, 1963, (wie Anm. 82), hier 74.

111 Die Zeit. Nr.19 (8.5.1958), zit. nach: Petzold: Die Dolchstoßlegende, 1963, (wie Anm. 82), hier 73.

war ein Schlüssel zum politischen Erfolg der Faschisten.“¹¹² Boris Barth urteilte 2003: „Die vielleicht schwerste innenpolitische Belastung für die junge Weimarer Demokratie entstand aus der sogenannten ‚Dolchstoßlegende‘.“¹¹³

In den späten zwanziger Jahren verebten die Auseinandersetzungen über die Dolchstoßthese. Etwa ab 1928 waren die Weltbilder der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Lager völlig verfestigt und nicht mehr für Veränderung zugänglich. Die Vorstellung, die Revolution sei in aller erster Linie als Dolchstoß in den Rücken des Heeres zu sehen, war in verschiedenen bürgerlichen, rechten, rechtsextremen, vaterländischen und völkischen Milieus so selbstverständlich, dass keine weitere Diskussion nötig war. Die Linke hatte dagegen den Kampf gegen die Dolchstoßthese aufgegeben, weil sie erkannte, dass die öffentliche Debatte nicht zu gewinnen war.

Verrat am Vaterland

Bereits die Dolchstoßthese deutete die Revolution als Anschlag gegen das kämpfende Heer und damit gegen die Interessen des Staates. Die Charakterisierung der Revolution als Hochverrat oder Landesverrat ging einen deutlichen Schritt weiter, auch wenn sie oft gemeinsam mit der Dolchstoßthese vertreten wurde. Wer vom Verrat am Vaterland sprach, dem kam es in erster Linie darauf an, die Vertreter der Revolution und der Republik mit möglichst emotionsgeladenem Vokabular zu kriminalisieren. Der juristische Tatbestand des Hoch- oder Landesverrats im engeren Sinn war in diesem Zusammenhang unwesentlich, es wurde gar nicht der Versuch eines Nachweises unternommen, es ging vielmehr um die möglichst finale, jeder Diskussion entzogene Herabwürdigung des Gegners, der kriminalisiert und zum erklärten Feind gemacht wurde.

Diese Intention zeigt in exemplarischer Deutlichkeit ein im Februar und März 1919 unter den Freikorps verteiltes anonymes Flugblatt. In ihm wurde behauptet, dass am 9. November 1918 fahneidbrüchige hochverräterische Matrosen im Verein mit Deserteuren, Verbrechern und Arbeitern, die nie draußen gewesen seien, das stolze Staatswesen zertrümmert hätten. „Euch, die Ihr geführt von Euren Offizieren einer ganzen Welt von Feinden siegreich die Brust botet, sind diese Feigen schmähsch in den Rücken gefallen, diesen Halunken habt ihr es zu verdanken, dass heute die Gegner, die vor dem Zusammenbruch waren, über uns triumphieren, dass heute sogar Polen sich ungestraft erfreuen dürfen, deutsche Landesteile zu besetzen, deutsche Bürger zu verjagen oder zu töten und deutsche Frauen und Mädchen zu schänden. ... vor dem Rächerarm der deutschen Frontsoldaten und Offiziere werden die Empörer, die Revolutionäre und das ganze demokratisch-sozialistische Gesindel,

¹¹² Ebenda, 74.

¹¹³ Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 5.

das uns in den Rücken gefallen ist, verschwinden.“¹¹⁴ Aus der Charakterisierung der Revolution als Hochverrat wurde die Berechtigung abgeleitet, Rache zu nehmen, die „Verbrecher“ zur Rechenschaft zu ziehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte bereits am 9. November von „Verrat am deutschen Volk“ gesprochen: „Die deutschen Sozialisten wussten, dass der Friede ohnehin im Werden sei, und dass es nur noch gelte, Wochen, vielleicht nur Tage lang noch dem Feinde eine geschlossene, feste Front zu zeigen, um ihm erträglichere Bedingungen abzurufen. In dieser Lage haben sie die weiße Fahne gehisst. Das ist eine Schuld, die nie vergeben werden kann und nie vergeben wird. Das ist ein Verrat, nicht etwa nur an der Monarchie und am Heere, sondern am deutschen Volke selber“.¹¹⁵ Die „Alldeutschen Blätter“ machten am selben Tag für den angeblichen Verrat am deutschen Heer und Volk die „alljüdische Presse“ verantwortlich.¹¹⁶ Schon vor dem Zusammenbruch hatte bei den Völkischen – hier verstanden als Sammelbegriff für die radikal-rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Gruppen – und in der Vaterlandspartei die Suche nach Sündenböcken begonnen, und es wurde von Anfang an massiv auf den Antisemitismus gesetzt.

Die Deutung der Revolution als Verrat an Volk und Vaterland hatte im Kontext rechtsextremen Bewusstseins offenbar eine Schlüsselfunktion. Andreas Wirsching kam 1999 bei seiner Untersuchung des politischen Extremismus in der Weimarer Republik zu dem Ergebnis, die Charakterisierung der Revolution als „Hochverrat“ sei in der Weimarer Republik geradezu konstituierend für extrem rechte Gesinnung gewesen.¹¹⁷ Ähnlich die Schlussfolgerungen von Dietmar Schirmer, der politisch-kulturelle Deutungsmuster in der Weimarer Republik untersuchte. „Die Revolution vom November 1918 erscheint in der Wahrnehmung aller politisch-kulturellen Milieus, die antiparlamentarische Ressentiments von rechts pflegen, als verbrecherischer Anschlag auf eine tradierte und legale staatliche Ordnung. Die Klassifizierung politischer Feinde als Verbrecher findet ihr Grundmuster in der Wahrnehmung der Novemberrevolution als eines mit der Todesstrafe bedrohten Hochverrats, der zufolge die Träger der Weimarer Verfassung schlicht Kriminelle sind.“¹¹⁸

Belegt sind allerdings auch Äußerungen von hohen kirchlichen Würdenträgern, die die Revolution kriminalisierten. Im September 1919 erklärte der Münchener Erzbi-

114 Zit. nach: Richard Müller: *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin 1925, hier 239.

115 Zit. nach: Buchner: *Revolutionsdokumente, 1921*, (wie Anm. 14) S. 127.

116 *Alldeutsche Blätter* (9.11.1918).

117 Andreas Wirsching: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40), München 1999, hier 299f.

118 Dietmar Schirmer: *Politisch-kulturelle Deutungsmuster: Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik*, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 31–60, hier 41f.

schof Michael v. Faulhaber in einem Hirtenbrief, der sich an die Priester wandte: „Halte sich wenigstens der Priesterstand das Gewissen rein und frei gegenüber einer Republik und einer Verfassung, die aus der Sünde der Revolution und damit aus dem Fluch geboren sind, und diesen Fluch bis in das 3. und 4. Geschlecht vererben werden.“ Beim Katholikentag in München 1922 nannte Faulhaber die Revolution „Meineid und Hochverrat“.¹¹⁹ Auch in der katholischen Publizistik der Weimarer Republik finden sich Beispiele für die Deutung der Revolution 1918/19 als Verrat an Volk und Vaterland, beispielsweise zum zweiten Jahrestag im „Regensburger Anzeiger“: „Mit einem leidenschaftlichen Appell an den Patriotismus erinnerte ‚Ein Deutscher‘ im Leitartikel zum 7. November daran, daß ‚Fremdlinge‘ und ‚traurige Vaterlandsverräter‘ für die Ereignisse in Bayern verantwortlich gewesen seien und die Revolution ‚die Geburtsstunde der tiefsten Schmach‘ für das deutsche Volk bedeute. Wer sie feiern wolle, ‚der fühlt nicht deutsch, der kann nicht deutsch fühlen, der ist, deutsches Volk, dein Feind, günstigstenfalls ein verirrter Volksgenosse‘.“¹²⁰

Auf die wesentlichen Merkmale der rechtsextremen Revolutionsdeutung stieß Jürgen Bergmann auch, als er den Umgang des agrarischen Milieus mit der Revolution untersuchte. Bergmann analysierte u. a. den Umgang der „Deutschen Tageszeitung“¹²¹ mit politischen Gedenktagen, insbesondere dem 9. November. Der Umgang mit der Revolution und ihren Trägern stellte nach Bergmanns Urteil „von Anfang an keine Auseinandersetzung mit politisch abweichenden Standpunkten und Personen bzw. Gruppen, sondern ausschließlich deren persönliche und sachliche Diffamierung sowie vielfach auch Kriminalisierung dar. Betrachtet man die Kommentare zum Jahrestag der Revolution unter diesem Aspekt, so hatte die Revolution nach der Meinung der Agrarier nicht nur den Dolchstoß in den Rücken des unbesiegten deutschen Heeres geführt und damit Niederlage, Demütigung und das gesamte Elend Deutschlands nach 1918 verschuldet, sondern war auch in erster Linie das Werk egoistischer persönlicher Motive und Interessen ihrer Führungsschichten und niedrigster Instinkte ihrer Basis. Es war der ‚marxistische Abschaum‘, der die Revolution durchführte und auch danach ‚auf den Wässern der deutschen Politik trieb‘ bzw. ‚die rote Flut‘, die während der Revolution ‚ungehindert ihren Schlamm über ganz Deutschland hinwegwälzen konnte‘, während ‚diese Schädlinge in bewußter Irreführung jeden Angriff auf ihre vergiftete Tätigkeit als Beschimpfung des deutschen Volkes‘ bezeichneten. Im Grunde handelte es sich dabei also um Ungeziefer, von dem das deutsche Volk befreit werden mußte. 1924 hieß es beispielsweise: Mit dem

119 Vgl. Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 247f.

120 Zit. nach: Kotowski: Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen!, 1989, (wie Anm. 27), hier 175f.

121 Vgl. Jürgen Bergmann: „Das Land steht rechts!“: Das „agrarische Milieu“, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 181–206.

9. November, muß sich das deutsche Volk auseinandersetzen, denn er hat ihm in jeglicher Beziehung sein gesundes Blut vergiftet. Diese Auseinandersetzung ist gar keine Frage der Staatsform, sondern sie ist eine Frage der Kriminalität. Es gibt keine Staatsform, die Verbrecher schützt. Sie werden zur Verantwortung gezogen, wenn ihre Zeit da ist, in der Republik oder in der Monarchie.¹²²

Auch innerhalb der DNVP war die Kriminalisierung der Revolution und der Revolutionäre weit verbreitet. Der ehemalige Großadmiral Alfred Tirpitz vertrat als Vortragsredner für die DNVP in zahlreichen Veranstaltungen die Auffassung, die Revolution sei das größte Verbrechen gewesen, das dem deutschen Volk habe angetan werden können.¹²³ Die DNVP als die große parlamentarische Rechtspartei sammelte in den Anfangsjahren der Republik einen großen Teil der nicht-liberalen rechtsstehenden Kräfte. Konstitutiv für dieses Milieu war die grundsätzliche Ablehnung der Verfassungsordnung der parlamentarischen Demokratie. Zur „nationalen Rechten“ gehörten Vertreter des alten und des neuen Nationalismus, wobei die Übergänge häufig fließend waren: „Neben der hauptsächlich von der DNVP repräsentierten Richtung, die die Anhänger der konservativen Vorkriegsparteien organisiert und verbal dem Monarchismus verpflichtet bleibt, gibt es eine zahlenmäßig erheblich kleinere Bewegung vornehmlich Jüngerer, die jegliche Rückkehr zu den politischen Strukturen des Wilhelminischen Kaiserreichs strikt ablehnt. Die Vertreter dieser Gruppierung des ‚neuen Nationalismus‘ können als die Ideenproduzenten für die nationale Rechte insgesamt begriffen werden, wobei der Verarbeitung des Kriegserlebnisses besondere Bedeutung zukommt.“¹²⁴

Der friedliche und unsoldatische Bürger wurde von einem Teil der Kriegsheimkehrer als überlebter Gegenpol zur Welt des Krieges empfunden. Von Anfang an existierte eine scharfe Frontstellung vieler Freikorpsoldaten gegen das Bürgertum. Mit dem Alldeutschen Verband als Kristallisationskern formierte sich nach 1918 das völkische Lager grundsätzlich neu und verwandte einen massiven Antisemitismus als einigende Klammer und zugleich als Ideologie der Massenintegration. Ausgehend von der Erfahrung der Niederlage wurde im Zusammenhang mit der Dolchstoßlegende ein primitiver Rassenantisemitismus in Deutschland endgültig salonfähig.¹²⁵ Schon Ernst Troeltsch wies in seinen Spektatorbriefen auf diesen Zusammenhang hin: „Konservative und Nationale machen den Gegensatz gegen das Judentum zu einem Hauptmittel ihres Kampfes, um ihm populäre Instinkte und Leidenschaften zuzuführen. Der Antisemitismus aller Schattierungen wird in den Kampf grundsätz-

122 Zit. nach: Bergmann: „Das Land steht rechts!, 1989, (wie Anm. 121), hier 191.

123 Vgl. Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 332.

124 Klaus Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!“. Die nationale Rechte, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 231–253, hier 231f.

125 Vgl. Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 301.

lich eingespannt und die Schuld an Revolution und Niederlage dem Judentum und der Sozialdemokratie aufgebürdet.“¹²⁶

Dietmar Schirmer belegte mit einer Fülle von Zitaten aus Publikationen der nationalen und völkischen Rechten, dass es letztlich auch um mythische Geschichtsdeutung ging, mit der die „nationale Schmach“, als die die Weltkriegsniederlage interpretiert wurde, sinnhaft in die deutsche Geschichte integriert werden konnte. „Die Freund-Feind-Polarität von ‚geschlagener Größe‘ und ‚erfolgreichem Verbrechertum‘ schließt funktional und oft auch in der Metaphorik an die mythische Geschichtsdeutung an. Sie ist geeignet die Weltkriegsniederlage, das Trauma der Revolution und, als deren Folge, die verhaßte Weimarer Republik als eine Talsohle der geschichtlichen Entwicklung, die durchschritten werden muß, sinnhaft zu interpretieren.“¹²⁷

Diese mythische Geschichtsdeutung fand sich auch in der Vorstellungswelt der Nationalsozialisten. Das Fronterlebnis des Ersten Weltkrieges, der Schock der angeblich durch Feinde im Inneren ausgelösten Niederlage und das Trauma der Revolution von 1918 prägten entscheidend das nationalsozialistische Geschichtsbewusstsein und die Vision vom „Dritten Reich“. Die Geschichte der Weimarer Republik wurde als Apokalypse gedeutet und propagandistisch entsprechend dargestellt. „Ihr setzten die Nationalsozialisten die Heilsgeschichte der ‚nationalen Wiedergeburt‘ und des ‚kommenden Reiches‘ entgegen, die besonders unter den psycho-sozialen Bedingungen der Weltwirtschaftskrise Deutungskraft unter den Massen gewann.“¹²⁸

Bereits der frühe Nationalsozialismus deutete die Revolution 1918/19 als Verrat am Vaterland. Hitler erlebte den Umsturz im Lazarett als traumatische Erfahrung, die in ihm den Wunsch weckte, Niederlage und Revolution auszumerzen und die Verantwortlichen auszulöschen. Die Verschmelzung seiner alten antisemitischen Ressentiments mit neuen antimarxistischen und antibolschewistischen Vorstellungen begann im Sommer 1919. Den Begriff „Novemberverbrecher“ verwendete Hitler öffentlich erstmals am 18. September 1922, in sein ständiges Repertoire nahm er ihn 1923 auf, zu Beginn des französischen Einmarsches ins Ruhrgebiet.¹²⁹ Er machte die „Novemberverbrecher“ nicht nur für den Dolchstoß gegen das deutsche Heer, sondern auch für die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages verantwortlich. Während des Putsches im November 1923 erklärte Hitler, die Schmach müsse an den Novemberverbrechern gerächt werden, dies sei die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate.

126 Ernst Troeltsch: Vorherrschaft des Judentums? 20.10.1919, in: Ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922 (Die andere Bibliothek 109), Frankfurt am Main 1994, S. 91–99, hier 93f.

127 Schirmer: Politisch-kulturelle Deutungsmuster: Vorstellungen von der Welt der Politik in der Weimarer Republik, 1989, (wie Anm. 118), hier 42.

128 Gerhard Paul: Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom „Dritten Reich“. Die Nationalsozialisten, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 255–279, hier 256.

129 Vgl. Ian Kershaw: Hitler. Bd 1. 1889–1936, Stuttgart 1998, hier 244, 817.

Ausdrücklich sicherte er zu, der Putsch richte sich nicht gegen Polizei und Reichswehr, sondern „lediglich gegen die Berliner Judenregierung und die Novemberverbrecher von 1918“.¹³⁰ Im „Völkischen Beobachter“ kündigte Alfred Rosenberg, damals Schriftleiter des Blattes, am 9.11.1923 den Beginn der Sühne an den Volksbetrügern an: „Am 9. November 1918 wurde das um sein Dasein kämpfende deutsche Volk hinterrücks überfallen und verraten. [...] Am 9. November 1918 siegte der Hochverrat, am 9. November 1923 beginnt die Sühne, das gerechte Gericht an den Volksbetrügern. [...] Die führenden Schufte des Verrats vom 9. November 1918, soweit sie nicht schon hinter Schloß und Riegel ihrer Aburteilung harren, sind ab heute als vogelfrei erklärt.“¹³¹

Hitlers Urteil zum Kriegsende war auch in „Mein Kampf“ klar: „Der tiefste und letzte Grund des Untergangs des alten Reiches lag im Nichterkennen des Rasseproblems und seiner Bedeutung für die geschichtliche Entwicklung der Völker.“¹³² Im zweiten Band von „Mein Kampf“ wurde er deutlich: „Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mussten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet.“¹³³

Den Munitionsarbeiterstreik vom Januar 1918 nannte Hitler den „niederträchtigsten Schurkenstreik“, dessen Urheber „die Anwärter auf die höchsten Staatsstellen des Deutschlands der Revolution“ waren.¹³⁴ Die Niederlage war in seinen Augen ohne Einschränkung und Zweifel auf den „Verrat“ der „Novemberverbrecher“ zurückzuführen: „Es gehört schon eine wahrhaft jüdische Frechheit dazu, nun der militärischen Niederlage die Schuld am Zusammenbruch beizumessen, während das Zentralorgan aller Landesverräter, der Berliner ‚Vorwärts‘, doch schrieb, dass das deutsche Volk dieses Mal seine Fahne nicht mehr siegreich nach Hause bringen dürfe!“¹³⁵ Eine gründliche Abrechnung mit den „Parteien des nationalen Verrats“ war in Hitlers Augen zwingend. „Es ist geschichtlich einfach nicht denkbar, dass das deutsche Volk noch einmal seine frühere Stellung einnehmen könnte, ohne mit denen abzurechnen, die die Ursache und Veranlassung zu dem unerhörten Zusammenbruch gaben, der unseren Staat heimsuchte. Denn vor dem Richterstuhle der Nachwelt wird der Novem-

130 Zit. nach: Ian Kershaw: Hitler. Bd 1. 1889–1936, Stuttgart 1998, hier 261.

131 Zit. nach: Niels H. M. Albrecht: Die Macht einer Verleumdungskampagne. Antidemokratische Agitationen der Presse und Justiz gegen die Weimarer Republik und ihren ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert vom „Badebild“ bis zum Magdeburger Prozeß, Bremen 2002, hier 320f.

132 Adolf Hitler: Mein Kampf. Eine Abrechnung, München 1938, hier 310.

133 Ebenda, 772.

134 Ebenda, 217.

135 Ebenda, 249.

ber 1918 nicht als Hoch-, sondern als Landesverrat gewertet werden.“¹³⁶ Allzu ernst meinte Hitler aber die Revolution und ihre Akteure nicht nehmen zu müssen. Er sprach auch vom „Banditenstreich des Herbstes 1918“, der sich selbst als Revolution bezeichne.¹³⁷ „Wer den ‚Wert‘ der deutschen Revolution an dem Werte und der Größe der Personen misst, die sie dem deutschen Volke seit dem November 1918 geschenkt hat, der wird sein Haupt verhüllen aus Scham vor dem Urteil der Nachwelt, [...] dass Gehirn und Tugend bei unseren neudeutschen Führern im umgekehrten Verhältnis stehen zu ihren Mäulern und Lastern.“¹³⁸ Mit diesen Männern dürfe es weder Zusammenarbeit noch Kompromisse geben, schrieb Hitler am Ende des Kapitels, dem er immerhin die Überschrift „Die Revolution“ gab. „Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, dass Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche. Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder – Oder. Ich aber beschloss, Politiker zu werden.“¹³⁹ Hitler begründete seinen Entschluss, in die Politik zu gehen, also unmittelbar mit der Revolution 1918/19.

Auch dies macht verständlich, warum kein Tag die Nationalsozialisten mehr reizte, in pathetischen Appellen und Schwüren unverhüllt den gewaltsamen Sturz der Republik zu fordern, als der 9. November.¹⁴⁰ Zusammenbruch und Revolution – in diesem Kontext entfalteten Hitler und die NS-Propaganda der „Kampfzeit“ ihre gesamten Aktivitäten. Klares Ziel war es, die Schmach von 1918 durch die Beseitigung der eigentlich Schuldigen, der Feinde im Innern, zu revidieren. Für die Nationalsozialisten war der Krieg mit Revolution und Friedensvertrag nicht zu Ende sondern nur unterbrochen. Er wurde zunächst innenpolitisch weitergeführt.¹⁴¹

Gerhard Paul hat den Umgang der NS-Presse mit dem 9. November untersucht, insbesondere den des „Völkischen Beobachter“. Unter dem Titel „Münchener Beobachter“ war das Blatt zunächst publizistisches Organ der strikt antisemitisch orientierten Thule-Gesellschaft. Dieser Kampfbund begriff den Zusammenbruch des Kaiserreiches als Chance zu einer völkischen Erneuerung und führte bereits Anfang 1919 dilettantische Putschversuche durch. Später wurde das Blatt in „Völkischer Beobachter“ umbenannt. Seit 1920 war der „Völkische Beobachter“ das amtliche Parteiorgan der Münchener Reichsleitung der NSDAP. Seine Auflage steigerte sich von 2.500 (1923) über 15.000 (1928) auf 128.800 Exemplare im Jahre 1931.¹⁴²

136 Ebenda, 367f.

137 Ebenda, 377f.

138 Ebenda, 303.

139 Ebenda, 225.

140 Vgl. Paul: Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom „Dritten Reich“, 1989, (wie Anm. 128), hier 272.

141 Vgl. Ebenda, 276.

142 Vgl. Ebenda, 257.

In der Regel wurde im „Völkischen Beobachter“ wie in der anderen NS-Presse über den 9. November auf Seite eins berichtet. Das „unterstreicht die große Bedeutung des 9. November als *dem* Feiertag der nationalsozialistischen Teilkultur.“¹⁴³ Schon während der „Kampfzeit“ hatte der 9. November für den Nationalsozialismus eine große symbolische Bedeutung und Motivationskraft. „Wie sehr ‚die Wunde von 1918‘ schmerzte, demonstrierte die NS- Kampfpresse alljährlich, wenn sie immer neue Begriffe für die ‚Schmach‘ des 9.11.1918 erfand. Bis 1922 galt dieser Tag als ‚Unglückstag‘, als ‚schwarzer Tag‘ der deutschen Geschichte und wurde von den Nationalsozialisten daher auch als ‚Trauertag‘ begangen. Der ‚Völkische Beobachter‘ nannte den Revolutionstag abwechselnd ‚Jahrestag der Lumpen- und Judenrevolte‘, den ‚Tag schamloser Eidbrüche‘ oder den ‚Tag des größten Verbrechens der deutschen Geschichte‘. Wie an keinem anderen Tag wurde schon vor 1923 am 9. November im ‚Völkischen Beobachter‘ dazu aufgefordert, das Rad der Geschichte herumzureißen, der am 9.11.1918 errichteten ‚jüdischen Blutdiktatur‘ ‚brutalen Widerstand‘ entgegenzusetzen und die ‚völkische Wiedergeburt‘ Deutschlands zu organisieren. In diesem Sinne galt der 9. November den Nationalsozialisten als Tag der innerstaatlichen Kampfansage gegen die Republik von Weimar und die Juden. Seine hohe Symbolkraft als ‚Tag der Rache‘ zeigte der 9. November auch in den folgenden Jahren. Im Gefolge von Feiern und Kundgebungen zum 9. November wagten die Nationalsozialisten 1923 den Sturm auf die Republik.“¹⁴⁴

Mit diesem 9. November 1923 schuf die nationalsozialistische Bewegung sich ihren eigenen Feiertag, den sie nun gegen die Revolutionsfeiern der Linken setzte. Je mehr die NSDAP zur Massenpartei wurde, desto stärker trat allerdings am 9. November die Trauer um die „Gefallenen der Bewegung“ in den Hintergrund. Der 9. November wurde als „Tag der nationalen Auferstehung“ und des „jüngsten Gerichts“ gedeutet und gewertet.¹⁴⁵ In vollem Bewusstsein der unmissverständlichen Symbolkraft wurden der Hitler-Putsch 1923 und die Judenpogrome 1938 auf den fünften bzw. den zwanzigsten Jahrestag des 9. November 1918 terminiert.¹⁴⁶ Auch ganz bewusst gründeten die Nationalsozialisten ihre SS am 9. November 1925.

Gegen Ende der Zwanzigerjahre charakterisierte die NS-Presse die Novemberrevolution immer wieder als „Judenputsch“ und „Börsenrevolte“.¹⁴⁷ Gerhard Paul hat darauf hingewiesen, dass gerade im Begriff der „Börsenrevolte“ noch das „betrügerisch schiefe antikapitalistische Moment der NS-Propaganda“ mitschwang, das auf das Uneingelöste der Revolution von 1918 zielte. Keine Revolution der Arbeiter sei es

143 Ebenda, 276.

144 Ebenda, 270f.

145 Vgl. ebenda, 273.

146 Vgl. Detlef Lehnert/Klaus Megerle: Politische Identität und nationale Gedenktage, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 9–30, hier 14.

147 Angriff Nr. 45 (5.11.1928).

gewesen, sondern eine Revolution des jüdischen Finanzkapitals, erklärte die Kampf-
presse. Die Revolution von 1918 habe die geheimen „Triebkräfte“ der Geschichte, die
Juden, an die Oberfläche gespült. Gemeinsam mit ihren „marxistischen Knechten“
hätten sie den alten Staat zerschlagen und an seine Stelle die Republik, die „jüdische
Blutdiktatur“ gesetzt.¹⁴⁸

Mit durchaus wechselnder Stoßrichtung und schillernder Bedeutungszuschrei-
bung blieb der 9. November der große Gedenk- und Kampftag der NSDAP. Hitler ließ
keinerlei Zweifel daran, dass er mit den angeblich für die Niederlage Verantwortlichen
abrechnen werde. Im Prozess gegen drei Reichswehroffiziere legte Hitler im Septem-
ber 1930 sein so genanntes Bekenntnis zur Legalität ab. Er verband es mit der klaren
Aussage: „Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampf siegt, wird ein deutscher
Staatsgerichtshof kommen, und der November 1918 wird seine Sühne finden, und es
werden auch Köpfe rollen.“¹⁴⁹

Nationales Unglück

Kreise der nationalen Rechten hatten im November keinerlei unmittelbaren Wider-
stand gegen die Revolutionsbewegung geleistet. Ihre politischen Parteien hatten sich
unter neuen Namen wieder gegründet – als Deutschnationale Volkspartei bzw. als
Deutsche Volkspartei – und sich anscheinend auf den Boden der entstandenen Tat-
sachen gestellt. Die OHL mit Hindenburg und Groener an der Spitze hatte sich der von
der Revolution eingesetzten Regierung der Volksbeauftragten zur Verfügung gestellt,
und Hindenburgs Beispiel folgend waren auch die meisten hohen Beamten im Dienst
geblieben. Gleichwohl kann als Grundüberzeugung der gesamten nationalen Rechten
gelten, dass die Revolution als nationales Unglück gesehen wurde. Diese Überzeu-
gung teilte sie mit einem großen Teil des liberalen Bürgertums, sowie mit weiten Teilen
des Protestantismus und des Katholizismus; sie war seit dem späten Frühjahr 1919
eine Art Minimalkonsens nahezu aller Kräfte rechts von der MSPD.

Von Anfang an hatte die militärische Führung ihre Zusammenarbeit mit der
Revolutionsregierung keineswegs als bewusstes Bekenntnis zur Republik verstanden.
Es ging ihr vielmehr darum, möglichst viel Kontinuität über die Wirren der Revolu-
tionszeit hinweg zu retten und, wie Wilhelm Groener das später in seinen Erinne-
rungen formulierte, „dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen
Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen. Die seit Jahrhunderten im preußisch-

148 Paul: Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom „Dritten Reich“, 1989, (wie Anm. 128),
hier 271.

149 Zit. nach: Herbert Michaelis/Ernst Schraepler (Hg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen
Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart.
Bd. 7. Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928–30, Berlin 1962, hier
530f.

deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft mußte in ihrem Kern für die Wehrmacht der Zukunft erhalten werden. Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtungspunkt. Es mußte ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es mußte das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin.¹⁵⁰

Eine neue, nationale Perspektive für das Offizierskorps war ein wesentliches Ziel, es sollte sich nicht mehr mit dem Monarchen identifizieren, sondern mit der Nation, weshalb in der OHL nicht etwa die Deutung der Revolution als Verrat am Kaiser dominierte, sondern neben der Dolchstoßthese ihre Bewertung als nationales Unglück. Neuer Bezugspunkt war die Nation. Allerdings, hielt Groener in seinen Erinnerungen fest, konnte das Offizierskorps nur mit einer Regierung zusammengehen, „die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm“. Dazu sei Ebert bereit gewesen. Es habe deshalb nahe gelegen, ihm die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten. „Wir hofften, durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet. Zunächst galt es freilich Zugeständnisse zu machen, denn die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, daß es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von seiten der O.H.L. handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichmachen der revolutionären Strömungen.“¹⁵¹

Dies war nicht eine nachträgliche Begründung und Sinnstiftung für die Politik der OHL. Schon 1922 hat Groener sein „Bündnis“ mit Ebert als von Anfang an taktischer Natur charakterisiert. Er sei ein Bündnis mit den Führern der MSPD eingegangen, „um die revolutionäre Bewegung den radikalen Führern aus den Händen zu reißen, sie abzudrehen und allmählich mit dem Wiedererstarken der Machtmittel ganz totzumachen.“¹⁵²

In den Auseinandersetzungen und Kämpfen der ersten Jahreshälfte 1919 setzten sich offizielle militärische Verbände und Freikorps gegen Aufständische durch. Je vollständiger sich deren Niederlage abzeichnete, desto unverständlicher erschien im Nachhinein das vermeintliche Versagen gegen die Revolution im November 1918. „Die Unfähigkeit des Offizierskorps, der Umsturzbewegung militärisch ein Ende zu machen, wird als zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Revolution angesehen. Wie ein Trauma lastet das Wissen auf der Rechten, in der Krise versagt zu haben.“¹⁵³ Bereits 1919 begann unter den beteiligten Offizieren und Generälen ein jahrelang währender Streit über den jeweiligen Anteil am Versagen gegenüber der Revolution.

150 Groener: Lebenserinnerungen, 1957, (wie Anm. 22), hier 467.

151 Ebenda, 467f.

152 Zit. nach: Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 230.

153 Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!“, 1989, (wie Anm. 124), hier 235.

Jede Publikation nahm man peinlich genau unter die Lupe und stritt mitunter um einzelne Halbsätze. So beschwerte sich beispielsweise General Heinrich Scheuch, der letzte Kriegsminister im Kabinett Max von Baden, im November 1927 bei Oberstleutnant Alfred Niemann, der in seinem Buch „Revolution von oben – Umsturz von unten“ angeblich verschiedene Details während der Revolution nicht korrekt dargestellt hatte, und legte zugleich ausführlich seine eigene Position dar. Im selben Monat erhob Konteradmiral Magnus von Levetzow heftige Vorwürfe gegen Scheuch, der sich während der Revolution habe schwere Versäumnisse zu Schulden kommen lassen.¹⁵⁴

Vor allem jüngere und damit rang-niedrigere Offiziere und Mannschaften konnten dieser Art der rückwärtsgewandten Schuldzuweisung wenig abgewinnen. Das Kriegserlebnis hatte bei ihnen völlig losgelöst von überkommenen gesellschaftlichen Hierarchien einen Führungsanspruch im nationalen Lager entstehen lassen, den der Stahlhelm auf die Formel brachte: „Die Stunde der Frontsoldaten kommt“.¹⁵⁵

Der Übergang zwischen der nationalen Rechten und den rechtsextremistischen Milieus war fließend. Auch die Deutschnationale Volkspartei, die als große parlamentarische Rechtspartei viele nicht-liberale rechtsstehenden Kräfte gesammelt hatte, zog keinen klaren Trennungsstrich zur extremsten Rechten, und spätestens mit der Wahl Alfred Hugenbergs zum Parteivorsitzenden hatte sich in der DNVP die Auffassung durchgesetzt, dass es „mit diesem Staat keinen Frieden geben darf.“¹⁵⁶

Diese Position hatten der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und „Der Tag“ schon Jahre zuvor offensiv vertreten. Beide Zeitungen waren Sprachrohre des Hugenberg-Konzerns, der für massenwirksame nationale Publizistik schlechthin stand. „Der Tag“, ab 1931 offizielles Parteiorgan der DNVP, sprach mit einer Auflage von etwa 70.000 Exemplaren den deutschnationalen Bürger mit gehobenem Bildungsstand an. Der „Lokal-Anzeiger“ wandte sich mit seiner dreimal höheren Auflage, zwei täglichen Ausgaben und dem zu Wochenanfang erscheinenden „Montag“ vor allem an das städtische Kleinbürgertum.¹⁵⁷ „All unser Unglück führt auf die Revolution zurück.“¹⁵⁸ Auf diese einfache Formel brachte „Der Tag“ die Lage der Nation zum ersten Jahrestag des 9. November. Es war eine Formulierung, die sich breiter Zustimmung in den Kreisen der gesamten nationalen Rechten sicher sein konnte. Weitgehend verbreitet war zu diesem Zeitpunkt auch die Überzeugung, dass der schreckliche Zustand, in dem das Land sich befand, von langer Dauer sein würde: „Mit Deutschlands Macht und Ehre, mit seiner Freiheit und seinem Wohlstand ist es

154 Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration, 2003, (wie Anm. 34), hier 530.

155 Stahlhelm (9.11.1930), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!“, 1989, (wie Anm. 124), hier 239.

156 Ebenda, 238.

157 Ebenda, 234.

158 Der Tag, Nr. 249 (9.11.1919), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!“, 1989, (wie Anm. 124), hier 235.

zu Ende, auf Jahrhunderte zu Ende ... Ein Volk von Sklaven sind wir geworden ... Ein Volk von Bettlern.“¹⁵⁹

Auch Gustav Stresemann zog aus Anlass des ersten Jahrestages in der Wochenschrift „Deutsche Stimmen“ am 5. November 1919 eine vernichtende Bilanz der Revolution, die ausführlich zitiert zu werden verdient: „Alle Hoffnungen, die etwa in dem Schlagwort ausmündeten: durch die Revolution zum Frieden, sind hoffnungslos zerstört. Die Revolution hat uns nicht die innere Versöhnung gebracht. [...] Bürgerblut ist unter der Republik mehr geflossen, als unter der 500jährigen Herrschaft der Hohenzollern. [...] Müde und armselig schleppt sich die Revolution durch das erste Jahr ihres Bestehens. Überall Niederbruch, fast nirgends ein Anfang von Neuem. – Das ist die Novemberstimmung, in der das deutsche Volk den Jahrestag der Revolution begeht. [...] Der Friede war nur noch unter Opfern zu erkaufen, aber dass er zum Niederbruch unserer ganzen Weltstellung führte, das ist die Errungenschaft der Revolution. Und deshalb wird der Revolutionstag nie nationaler Gedenktag in Deutschland werden. Die Revolution und die Republik, beide vermögen dem Gemüt des deutschen Volkes nichts zu geben. Die leidenschaftliche Auflehnung der deutschen akademischen Jugend und Schuljugend in den gebildeten Ständen gegen den Geist des 9. November zeigt uns den Weg in die neue Zukunft. [...] Die gemütsarme und in der Niedertrampung unserer nationalen Ehre gemütsrohe Revolution hat bei dieser Jugend ausgespielt und sich damit um ihr Zukunftsdenken im deutschen Volke gebracht. Sie wird nie mit deutscher Größe, sondern sie wird nur in Verbindung mit dem deutschen Elend der Gegenwart genannt und von späteren Geschlechtern verflucht werden.“¹⁶⁰

Versuche, den Revolutionstag zum gesetzlichen Feiertag zu machen, wurden von der Rechten entschieden abgelehnt, da es sich um einen reinen „Partei-feiertag“ handeln würde. Das nationale Lager sprach dagegen von einem Buß- oder Volkstrauertag, dessen einziger Zweck in der Vergegenwärtigung alter Größe bestehen könne. Zur Feier des „Ebert-Scheidemann-Jubiläums“ – so das Standard-Argument der politischen Rechten – habe eigentlich nur die SPD Anlass.

Sozialdemokratische Politiker wurden attackiert oder verunglimpft, wenn sie zum 9. November Stellung nahmen. So bezog „Der Tag“ 1925 entschieden Position gegen eine beabsichtigte Rundfunkrede des Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun: „Herr Braun wird einen abgestandenen Leitartikel aus dem Vorwärts vortragen und seine Zuhörer werden dabei das große Gähnen kriegen. Daß aber diese öden Allgemeinplätze sozusagen als öffentliche Kundgebung der Staatsregierung gewertet sein wollen, darin liegt umso mehr eine gefährliche Entstellung der Tatsachen, als ja der 9. November in Preußen bis jetzt kein Feiertag ist. Mag Herr Braun seine Genossen im Reichsbanner mit einer Festrede langweilen, die Teilnehmer des

¹⁵⁹ Der Tag Nr. 250 (9.11.1919), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!“, 1989, (wie Anm. 124), hier 236.

¹⁶⁰ Gustav Stresemann: Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Reden und Aufsätze, Berlin 1919, hier 190–194.

Rundfunks bezahlen ihr Geld für andere Dinge als für sozialistische Propaganda und für Verherrlichung der historischen ‚Tat‘ des 9. November.“¹⁶¹ In ähnlicher Art und Weise wurde der Preußische Innenminister und Sozialdemokrat Severing angefeindet, dessen Rundfunkrede zum zehnten Jahrestag des 9. November als „Mißbrauch des Rundfunks zur Verherrlichung der Novemberschmach“ verurteilt wurde.¹⁶²

Über Jahre hinweg zeichnete die Presse der nationalen Rechten in grellen Farben ein Bild des Niedergangs als Folge der Revolution: „Ganz Deutschland ein Schieberlokal, eine Animierkneipe, ein aberwitziger Kientopp, ein wüster Rummelplatz. Das waren die Segnungen der ‚größten aller Revolutionen‘. Das war das Deutschland des 9. November.“¹⁶³ Und sie ließ keinen Zweifel daran, was in ihren Augen von denen zu halten war, die ernsthaft an die Revolution erinnerten: „In Berlin stehen am 9. November zehn Minuten lang die Wagen und der Verstand still.“¹⁶⁴ „Der 9. November ist der Tag, an dem die Minderwertigen des Volkes, die Feigen und die Meuterer ... endgültig die Oberhand bekamen über die Tapferen und die Treuen im Lande“.¹⁶⁵

Dass die politische Rechte in Deutschland am Ende der zwanziger Jahre immer mehr an Einfluss gewann, zeigte sich auch an Ausmaß und Inhalt der Berichterstattung über den 9. November als Gedenktag. In den Jahren 1930 bis 1932 wurde kaum mehr über Veranstaltungen der Republikaner berichtet. Dieses Thema war für die Rechte erledigt, auch wenn es gelegentlich noch Hohn und Spott über die Sozialdemokraten gab, denen es nicht mehr möglich sei, „diesen Tag im Stile von früher zu feiern“.¹⁶⁶ Die letzten großen Auseinandersetzungen mit dem 9. November fanden 1928 statt, als das Jubiläum zum zehnten Male begangen wurde, stellte Klaus Reimus im Rahmen seiner Untersuchung der Presse der nationalen Rechten fest. „Ausführliche Rückblicke auf die Situation im deutschen November 1918 werden veröffentlicht, die sich allerdings in der Bewertung nicht von früheren Positionen unterscheiden. Die Sonderbeilagen zu den großen Zeitungen ‚10 Jahre Friede – Freiheit – Brot‘ und ‚10 Jahre Unfreiheit‘ sollen die Verlogenheit und Erbärmlichkeit der vergangenen Jahre veranschaulichen. Zum ersten Mal werden in diesem Zusammenhang auch Karikaturen ‚berühmter Novemberlinge‘ verwendet, die den grotesken Charakter der

161 Der Tag Nr. 269 (10.11.1925), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!, 1989, (wie Anm. 124), hier 240.

162 Berliner Lokalanzeiger Nr. 534 (10.11.1928), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!, 1989, (wie Anm. 124), hier 242.

163 Der Montag Nr. 43 (9.11.1925), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!, 1989, (wie Anm. 124), hier 236.

164 Gewissen (14.11.1921), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!, 1989, (wie Anm. 124), hier 240.

165 Der Tag Nr. 269 (9.11.1928), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!, 1989, (wie Anm. 124), hier 235.

166 Berliner Lokalanzeiger Nr. 534 (10.11.1932), zit. nach: Reimus: „Das Reich muß uns doch bleiben!, 1989, (wie Anm. 124), hier 242.